



ORDENTLICHER
UNTERBEZIRKSPARTEITAG
SAMSTAG – 26. APRIL 2025 – 9:00 UHR
PHILIPP-SCHEIDEMANN-HAUS

BERICHTE ANTRÄGE





Unterbezirksvorstand gewählt am 3. Juni 2023

Vorsitzender Manfred Merz

Stellvertreter*innen Wolfgang Decker

Christoph Zeidler

Schatzmeisterin Clara Schade

Beisitzerin für den Arbeitsbereich Mitgliederbetreuung/Mitgliedergewinnung/Personalentwicklung **Lisa Dollinger**

Beisitzerin für den Arbeitsbereich

Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen **Dieter Seidel**

Beisitzerin für den Arbeitsbereich

Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur **Stefanie Woborschil**

Beisitzer für den Arbeitsbereich

Kommunikation und Öffentlichkeit

Beisitzer für den Aufgabenbereich

Migration und Diversität

Thevagar Mohanadhasan

Zwei Beisitzer*innen ohne definierten Aufgabenbereich

Beisitzerin Anne Busse Beisitzer Niklas Heß







Bericht Manfred Merz, Vorsitzender SPD Kassel

Die SPD ist wieder da. Wir sind bereit, auch wieder politische Verantwortung in Kassel zu übernehmen. Und das ist auch notwendig, weil die Ergebnisse der Jamaika-Koalition wenig beeindruckend sind und der Vormarsch der rechten und ultra-rechten Ideologien in Deutschland und auch in Kassel ein starkes antifaschistisches Bollwerk notwendig macht. Die politische Verantwortung der SPD ist deshalb stärker gefragt denn je – und wir sind auf dem Weg, uns dafür bereit zu machen.

Mit der Verständigung auf die "Leitlinien sozialdemokratischer Politik für Kassel" hat die Kasseler SPD 2023 den Willen zur Geschlossenheit bekundet, die Grundlagen für eine Erneuerung bereitet und den Anspruch auf die Übernahme dieser politischen Verantwortung erhoben. Zwei Jahre später sind wir vorangekommen, aber noch nicht am Ende angekommen mit unserem Prozess der Erneuerung. Einige Facetten dieser Situationsbewertung:

Als stärkstes Indiz für eine neu erstarkte Solidarität ist die Nominierung des Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl 2025 anzusehen. Ja, Daniel Bettermann überzeugte als ein dynamisch-kreativer, unabhängiger und weithin vernetzter Kandidat mit erhoffter Breitenwirkung. Überraschender und für das Bild ungebrochener Geschlossenheit genauso bedeutend war jedoch die Tatsache, dass mit Orry Mittenmayer eine weitere spannende politische Persönlichkeit von mir ins Spiel gebracht werden konnte, ohne eine personalisierte Richtungsdiskussion zu entfachen. Die überwältigende Nominierungsmehrheit für Daniel war das Resultat einer wohltuend sachlichen Abwägung in der Kasseler Partei und mit der Landkreis-SPD auf einen gemeinsamen Kandidaten. Ein Ausrufezeichen der Solidarität.

Wo ein kraftvolles Bekenntnis vonnöten ist, schlägt die Stunde der SPD, dieses Bekenntnis in die politische Überzeugungsarbeit zu übertragen, fällt noch schwer. Die Solidarität mit der Jüdischen Gemeinde angesichts realer Bedrohungen, die Unterstützung bedrängter Parteifreunde im thüringischen Wahlkampf und insbesondere der gesellschaftliche Widerstand gegen die Machtfantasien rechtsradikaler Vordenker und ihrer Gefolgsleuten in der AfD riefen die SPD öffentlich sichtbar auf den Plan. Was noch nicht wirklich gelang, war die politische Debatte zu diesen Entwicklungen anzuführen und die Meinungsbildung durch geeignete Formate zu steuern. Da klafft noch eine Lücke!

Allzu oft bleibt keine Kraft für spannende öffentliche Veranstaltungen, weil die interne Justierung der politischen Arbeit mit weniger Mitgliedern bei gleichzeitigem Engagement in der Kommunalpolitik und auch in Vereinen zu viel davon verbrauchen. Immerhin hat die anstrengende Verständigungsarbeit in der Partei zu einer Generalbilanz der Kooperationskultur und des Status der Ortsvereine in Kassel geführt, die allen künftigen Verantwortlichen wertvolle Grundlagen für die Arbeit und jede Menge Anregungen liefert.

Nach zwei Amtsjahren eines Unterbezirksvorstand des Neuanfangs hat dieser die krisenhafte Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie mit ganzer Wucht erlebt, hat Landtagswahl und Europawahl als Stimmungsdämpfer gerade noch rechtzeitig verdaut, um die neu gestärkte Einigkeit in die Waagschale der Bundestagswahl werfen zu können. Diese für die Bundes-SPD dramatische Wahl mit einem Achtungsergebnis und dem Gewinn des Direktmandats bewältigt







zu haben, stärkt nicht nur die schwächelnde Parteisubstanz, sondern auch die öffentliche Wahrnehmung als einer Partei, die die Geschicke der Menschen in der Stadt Kassel entscheidend mitbestimmen kann und will. Da genau wollen wir hin.

Obwohl uns der seit Jahrzehnten zu beobachtende und vor allem auf Todesfälle zurückzuführende Verlust an Mitgliedern weiter begleitet, zählt gerade das schwierige Jahr 2024 mit einer zunehmend zerrütteten Ampel-Regierung unter Führung der SPD zu den Jahren in der jüngeren Vergangenheit mit der stärksten Zahl an Eintritten. Mit 57 neuen Mitglieder zählte 2024 zu den drei stärksten Jahren der letzten Dekade. Mit 1185 Mitgliedern zum Jahreswechsel 2025 haben wir in diesen 10 Jahren dennoch fast 300 Mitglieder verloren. Umso wichtiger ist es, die Arbeit der Ortsvereine und der Arbeitsgemeinschaften weiter zu stärken. Mit der neu formierten und mit kreativen Aktionen aufwartenden Juso-AG und einer ebenso aktiven AfA sind dafür erste Schritte getan.







Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Decker

Neben der allgemeinen Vertretung des Parteivorsitzenden im Bedarfsfall waren meine wesentlichen Arbeitsschwerpunkte im abgelaufenen Geschäftsjahr:

- Zentrale Rolle und Mitwirkung in der eingesetzten Steuerungsgruppe II des Unterbezirks für den notwendigen Aufarbeitungs- und Einigungsprozesses in der Kasseler Partei
- Aktive Mitwirkung bei Ortsvereinsgesprächen der Steuerungsgruppe II zur Stärkung ihrer Organisationsfähigkeit und politischen Arbeit vor Ort (Gespräche OV Wolfsanger/Hasenhecke, Nordshausen und Brasselsberg. OV Wesertor und Süsterfeld/Helleböhn stehen noch an)
- Zusammenfassung und Bewertung von Schwerpunktthemen aus der UBV-Klausur 4.11.2023 gemeinsam mit Teslihan Ayalp; Vorschläge zur weiteren Bearbeitung und Zielsetzungen
- Repräsentanz der Kasseler SPD bei zahlreichen Veranstaltungen und Festen
- Intensive Kontakte zu Volkswagen, Daimler Truck, Alstom und weiteren Firmen. Aktive Krisen-Unterstützung von VW
- Aktive Unterstützung unserer Kasseler Volksfeste und des Karnevals. Zahlreiche Kontakte mit weiteren Kasseler Vereinen und Gruppen. Unterstützung und Beratung des KSV Hessen Kassel auf ideeller-politischer Ebene
- Intensive Kontakte und Unterstützung im Bereich Tourismus, Einzelhandel und Schaustellerverband
- Organisation Landtagswahlkampf Kassel-Ost
- Moderation zentrale Wahlkampfveranstaltung Landtagswahl in Baunatal mit Olaf Scholz, Nancy Faeser und den örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten
- Organisatorische und beratende Mitwirkung in der Wahlkampfleitung Bundestagswahlkampf und Team Daniel Bettermann. Unterstützung bei der Zentralplakatierung etc.
- Mitwirkung vorbereitende Arbeiten Kommunalwahlprogramm 2026 und Kandidatengewinnung
- Delegierter des Unterbezirkes bei Landes- und Bezirksparteitagen
- Ortsvereinsvorsitzender Wolfsanger/Hasenhecke

Arbeitsschwerpunkte für 2025/2026ff:

- Fortsetzung des Zusammenführungs- und Verständigungsprozesses innerhalb der Kasseler SPD als zwingend notwendig Voraussetzung künftig wieder erfolgreicher politischer Arbeit in Kassel und der Region
- Inhaltliche und personelle Entwicklung des SPD- Kommunalwahlprogramms
 2026







Stärkere Wahrnehmung und Verankerung der SPD in der Öffentlichkeit und Stadtgesellschaft

Mitglied der SPD-Stadtverordnetenfraktion:

Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen. Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und Brandschutzpolitischer Sprecher. Mitglied im Aufsichtsrat Kassel-Marketing, Beiratsmitglied Wirtschaftsförderung Kassel

Schwerpunktthemen und Initiativen in der Stavo:

Unterstützungsinitiative Erhalt des VW-Werks Kassel

Schaffung "Dialogforum Wirtschaft und Beschäftigung"

Kontinuierliche Kontakte zu Kasseler Industrieunternehmen (Alstom, Daimler Truck etc.) und Einzelhandel, Citykaufleuten, Schaustellern (siehe auch oben)

Haushaltsberatungen HH 2024 sowie DHH 2025/2026

Einführung neue Grundsteuer

Förderung von Volksfesten, Veranstaltungen und Initiativen

Weitere Entwicklung des Kassel-Airport

Lärmschutz an den Autobahnabschnitten A44/A49/A7

Konzept "Stadt am Fluss" / Fuldauferkonzept

Tourismusbeitrag statt Bettensteuer

Ankauf und Verwendung Wintershallgebäude/Sparkassengebäude Wolfsschlucht (Technisches Rathaus)

Finanzierung Projekt "100.000 Bäume"

Ausbau Zehntscheune Kassel-Waldau

Etc.







Rechenschaftsbericht des Stellvertretenden Vorsitzenden Christoph Zeidler

Geehrte Genossinnen und Genossen,

im vergangenen Jahr durfte ich als stellvertretender Parteivorsitzender des Unterbezirks Kassel erneut wichtige Entwicklungen begleiten und gestalten. Unser gemeinsames Ziel, die Partei zu einen und für unsere Mitglieder stark zu machen, stand dabei stets im Mittelpunkt.

Ein zentraler Schwerpunkt meiner Arbeit war der Einigungsprozess innerhalb der Partei. Mit der Entwicklung und Organisation des erfolgreichen Konzepts der Strömungstreffen haben wir einen wichtigen Schritt unternommen, um die verschiedenen Parteiflügel in Kassel zusammenzubringen. Diese Treffen haben nicht nur den Dialog gefördert, sondern auch das gegenseitige Verständnis gestärkt. Doch der Weg ist noch nicht zu Ende – wir müssen weiterhin daran arbeiten, Vertrauen aufzubauen und alte Gräben endgültig zu schließen.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt innerhalb der Vorstandsarbeit war die Einführung der Ortsvereinsgespräche. Als Mitglied des geschäftsführenden Unterbezirksvorstand war es mir stets ein besonders Anliegen, ein besseres Bild davon zu bekommen, was an der Basis geschieht. Diese Gespräche haben es uns ermöglicht, direkt mit den Ortsvereinen in den Austausch zu treten, ihre Anliegen und Herausforderungen zu verstehen und gemeinsam Lösungen zu erarbeiten. Dabei ging es nicht nur um organisatorische Fragen, sondern auch um die Stärkung des Zusammenhalts und die Förderung des Engagements vor Ort. Besonders wertvoll war es, dabei auch Perspektiven kennenzulernen, die über den eigenen Erfahrungshorizont hinausgehen. Es ist entscheidend, sich nicht nur in vertrauten Kreisen zu bewegen, sondern aktiv den Dialog mit unterschiedlichen Stimmen zu suchen. Nur so können wir als Partei wachsen, neue Impulse aufnehmen und unsere Arbeit noch besser auf die Bedürfnisse unserer Mitglieder und der Gesellschaft ausrichten. Sie können auch in Zukunft ein wertvolles Instrument sein, um die Verbindung zwischen Partei und Mitgliedern zu stärken und die Partei insgesamt näher zusammenzubringen.

Das Jahr war zudem geprägt vom Bundestagswahlkampf, der uns gezeigt hat, dass wir in Kassel Wahlen und Mandate gewinnen können, wenn wir geschlossen auftreten. Gemeinsam haben wir bewiesen, dass unsere Stärke in unserer Einheit liegt. Mit Infoständen, Veranstaltungen und unermüdlichem Einsatz haben wir unsere sozialdemokratischen Werte verteidigt und den Bürgerinnen und Bürgern unsere Vision für eine gerechte Zukunft nähergebracht.

Auch der entschlossene Kampf gegen die extreme Rechte blieb ein zentrales Anliegen. Wir haben uns weiterhin aktiv gegen Hass, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gestellt – sei es durch Aufklärungsarbeit, Demonstrationen oder Kundgebungen. Unsere Botschaft bleibt klar: Wir stehen für eine solidarische Gesellschaft und lassen uns nicht spalten.









Fazit: Das Jahr 2024-2025 war geprägt von Engagement, Dialog und dem festen Willen, unsere sozialdemokratischen Werte zu verteidigen. Ich bin stolz auf das, was wir gemeinsam erreicht haben, und freue mich darauf, auch in Zukunft für eine gerechte und solidarische Gesellschaft zu kämpfen.

Vielen Dank für Eure Unterstützung!

Mit solidarischen Grüßen und Glück auf,

Christoph Zeidler

Stellvertretender Parteivorsitzender

Unterbezirk Kassel







Rechenschaftsbericht der Mitgliederbeauftragten Lisa Dollinger

Im Rahmen meiner Tätigkeit als Mitgliederbeauftragte war es mir in den letzten Jahren ein besonderes Anliegen, den Mitglieder unseres Verbandes ein offenes Ohr zu bieten. Im Berichtszeitraum konnten wir einige Neumitglieder begrüßen. Leider mussten wir auch viele Austritte verzeichnen. Bei diesen waren sowohl ich, als auch die Ortsvereine um eine Rückgewinnung bemüht. Dabei habe ich, wenn von den OV-Vorsitzenden gewünscht, den Kontakt mit allen ausgetretenen Mitgliedern gesucht. Die hatte in der Regel leider wenig Erfolg.

Des Weiteren haben einige Unterbezirksausschüsse stattgefunden, die ich mit dem Vorstand begleitet habe.

Besonders erfreulich war, dass sich einige neue Mitglieder direkt aktiv in unsere Arbeit eingebracht haben – sei es durch Teilnahme an Sitzungen, Mitarbeit in Arbeitsgruppen oder Unterstützung bei Aktionen und Wahlkampf.

Einige Herausforderungen bestanden in der Aktivierung der Mitglieder, gerade beim Wahlkampf. Hier sehe ich weiterhin Potenzial für Verbesserungen.

Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit bei allen Mitgliedern der SPD Kassel-Stadt.







Rechenschaftsbericht Arbeitsbereich Arbeitsgemeinschaften, Zielgruppen sowie Betriebs- und Projektgruppen Dieter Seidel

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich bin seit Juni 2023 im Unterbezirksvorstand für den oben genannten Arbeitsbereich zuständig.

Lasst mich eingangs nochmals beschreiben, welche Rolle und welche besonderen Aufgaben unsere Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Parteistrukturen und der Öffentlichkeit haben. Die detaillierte Beschreibung dafür findet ihr im Übrigen in den Grundsätzen und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften.

Entsprechend dieser Grundsätze gibt es auf Bundesebene 11 Arbeitsgemeinschaften. Die sind: Die Jusos (Sonderrolle, Parteimitgliedschaft nicht zwingend), die AfA, ASF, AG 60plus, ASG, AfB, ASJ, AGS, SPDqueer, AG Migration und Vielfalt, sowie die AG Selbst aktiv.

Im UB Kassel Stadt selbst sind 5 Arbeitsgemeinschaften aktiv. Namentlich sind das die Jusos, die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), die Arbeitsgemeinschaft für Arbeit (AfA), die AG 60 plus und die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ).

Ergänzend möchte ich zudem erwähnen, dass auf bezirklicher Ebene die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) aktiv ist und dass diese AG, die selbstverständlich auch in der Stadt Kassel wirkt, von unserer Kasseler Genossin Nicole Iben geleitet wird.

Noch zu Beginn des Berichtszeitraums gab es die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB). Gegründet im Februar 2023 hat sie sich - wegen interner Meinungsverschiedenheiten - leider im Frühjahr 2024 aufgelöst. Die Bemühungen zur Reaktivierung der AfB waren leider nicht erfolgreich, die Differenzen leider nicht überbrückbar. Trotz dieses Verlustes möchte ich mich an dieser Stelle insbesondere bei Ann-Katrin Berkenheger (sie war Vorsitzende der AfB) und Anne Busse für ihr Engagement, die Mühen und die tatkräftige Unterstützung bedanken! Ob es möglich ist, die AfB in absehbarer Zukunft erneut aus der Taufe zu heben, lässt sich momentan nicht beantworten. Auf jeden Fall bleiben wir am Ball.

Lasst mich nach diesem Wermutstropfen zu den Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften zurückkehren.

Zum einen beraten die Arbeitsgemeinschaften die Vorstände, in unserem Fall also den Unterbezirksvorstand der Stadt Kassel, bei allen relevanten politischen und organisatorischen Themen. All das haben unsere Kasseler Arbeitsgemeinschaften - wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung - konstant und qualifiziert getan. Dafür möchte ich mich im Namen des UBV bei den Vorständen der Arbeitsgemeinschaften herzlich bedanken!

Wir Und nicht zuletzt gehört zum Aufgabenspektrum der Arbeitsgemeinschaften auch das Einbringen von Anträgen auf unseren Parteitagen. Auch hier sind die AGs aktiv.





26. APRIL 2025



Die Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften dienen, neben dem Wälzen der großen Politik, selbstverständlich immer auch dazu, arbeitsgruppenspezifische Themen zu behandeln, dies ist bei allen fünf Kasseler AG's der Fall. Die Häufigkeit und Dichte der Sitzungen variiert und umfasst interne und ebenso öffentlichkeitswirksame Versammlungen. Damit bieten die Zusammenkünfte der Arbeitsgemeinschaften immer die Chance, auch Menschen anzusprechen, die (noch) nicht Mitglied in unserer Partei sind.

Neben der Mitwirkung bei der innerparteilichen Willensbildung und der Unterstützung der Parteiarbeit ist es die Aufgabe der Arbeitsgemeinschaften, den Kontakt zu befreundeten Organisationen und Verbänden zu knüpfen, aufrechtzuerhalten und zu pflegen.

Dies ist in den zurückliegenden Monaten und Jahren insbesondere der AfA gelungen. Wobei hier die herausragende Rolle von Orry Mittenmayer zu erwähnen ist.

Zu dieser positiven Meldung passt, dass auch die Jusos ihre Bande zur Gewerkschaftsjugend erkennbar enger geknüpft haben. Und auch das ist eng mit dem Namen Orry Mittenmayer verbunden. Als engagierter Gewerkschafter freut ich mich über den Aufbau dieser Kontakte ganz besonders! Anzumerken ist dennoch, dass es keine berufliche Verankerung der Jusos, insbesondere im produzierenden Gewerbe gibt, sodass das Konstrukt doch fragil erscheint.

Abschließend möchte ich nochmals hervorheben, dass unsere Arbeitsgemeinschaften auch öffentliche bzw. öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt haben. Erwähnen möchte ich das AfA-Sommerfest und die Juso-Weihnachtsparty, sowie eine öffentliche Veranstaltung der AsJ, aber auch den erst kürzlich durchgeführten Betriebsbesuch der AfA im Kasseler Volkswagenwerk, inklusive eines intensiven Dialogs mit dem Betriebsrat.

Zu guter Letzt möchte ich noch einmal alle Genossinnen und Genossen dazu motivieren, in einer unserer Arbeitsgemeinschaften mitzuwirken, denn für die Behandlung spezifischer Themen sind die Sitzungen der Ortsvereine häufig nicht der geeignete Ort.

Kassel, 19.03.2025

Dieter Seidel







Rechenschaftsbericht Stefanie Woborschil Beisitzerin für Ortsvereine und Ortsbeiräte, Organisation und Struktur

Als Beisitzerin für die Ortsvereine war meine vorrangige Aufgabe, in den Ortsvereinen präsent zu sein und damit die Verbindung zwischen den Genossinnen und Genossinnen in den Stadtteilen mit dem Unterbezirks(vorstand) zu koordinieren. Das politische Engagement insbesondere an der "Basis" unserer Partei ist beeindruckend. Es war mir persönlich eine Freude, die vielen dynamischen und enthusiastischen Genossinnen und Genossinnen in den Ortsvereinen zu treffen, denn diese Menschen sind wesentlich für die Entwicklung einer lebendigen und kraftvollen Sozialdemokratie. Und: Politik funktioniert am besten im direkten Kontakt.

Angelehnt an unsere, beim ordentlichen Parteitag 2023 verabschiedeten, Leitlinien stehen für mich die Ortsvereine als zentrale Aktionsebene der SPD im Vordergrund. Innerhalb einer Steuerungsgruppe haben wir Maßnahmen erarbeitet, um die unterschiedlichen Vorstellung innerhalb der Partei zusammenzuführen und um unsere politische Arbeit zu überprüfen. In der Umsetzung führten wir Gespräche mit Vertretern (fast) aller Ortsvereine, um die Situation der Ortsvereine in Kassel zu eruieren und uns gemeinsam auf die zukünftigen Aufgaben innerhalb und ausserhalb der Partei vorzubereiten. Dieser Austausch mit den Ortsvereinen war offen, konstruktiv und intensiv. Die Ergebnisse werden uns helfen, unsere parteiinterne Kommunikation zu optimieren und sozialdemokratische Inhalte auf allen Ebenen zu vermitteln sowie die Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Nicht alle Stadtteile und Ortsvereine können sich momentan auf starke Aktivposten berufen. Um allen Genossinnen und Genossen die Möglichkeit der aktiven Beteiligung zu gewährleisten, sind Neuabgrenzungen einiger Ortsvereine notwendig geworden. Mit diesen neuen Strukturen bündeln wir die vorhandenen Kräfte und können in der Stadtgesellschaft aktiv und selbstbewusst auftreten.

Der Bruch der Ampelregierung im November 2024 und die damit verbundenen vorgezogenen Neuwahlen zum 21. Deutschen Bundestag haben das politische Jahr geprägt und strukturiert. Wir haben in Kassel mit unserem Direktkandidaten Daniel Bettermann den Wahlkreis Kassel gewonnen! Dies ist das Ergebnis eines engagierten Wahlkampfes aller Genossinnen und Genossen. Wir standen zusammen hinter Daniel und haben uns weder von der Kälte, noch von der negativen bundespolitischen Lage entmutigen lassen. Mein Dank allen Genossinnen, die sich eingesetzt haben.

Darüber hinaus ist mir als überzeugte Fahrradfahrerin sicherer Verkehr ein besonderes Anliegen. Sowohl in meinem Stadtteil (Thema Fahrradzone; Thema Tempo 30) als auch zentral in der Stadtgesellschaft setze ich mich weiter für eine sozial gerechte und sanfte Mobilitätswende ein. Dabei möchte ich die Menschen von der guten Arbeit der SPD in der Stadt zu überzeugen, anstatt das Thema politischen Mitbewerbern zu überlassen.

Auswahl weiterer Aktivitäten:

- * Teilnahme an der AfA Bundeskonferenz
- * Organisation "Bürgergespräch Fahrradzone"







- * Walter Lübke Gedenken
- * Organisation Diskussion AfD Wahlprogramm
- * Seminar "Argumentation gegen Hassbotschaften"
- * Teilnahme "Grüner Bürgerdialog"
- * Stadtteilarbeit Infostände
- * Wahlkampf Bundestagswahl Betreuung von Infoständen, Verteilaktionen, Plakatieren
- * Demo für Vielfalt
- * Arbeitnehmerstammtisch
- * Teilnahme Bezirksausschuss

Ich möchte mich bei allen Mitgliedern des Unterbezirksvorstandes, insbesondere bei dem Vorsitzenden Manfred Merz, für die Arbeit im vergangen Jahr bedanken.

Mit solidarischen Grüßen

Stefanie Woborschil







Bericht über das Jahr 2024/25 von Annette Busse (Mitglied des UBV ohne definierten Aufgabenbereich)

Über alle Grenzen hinaus haben wir als Kasseler SPD im vergangenen Jahr für eine starke Sozialdemokratie gekämpft – dazu gehörten sowohl der Wahlkampf für das europäische Parlament als auch der zur vorgezogenen Bundestagswahl. Leider haben die Aktivitäten nicht immer zum erwünschten Ergebnis geführt. Umso wichtiger ist es, als



Sozialdemokrat:innen stets mit den Menschen in Kontakt zu sein, die Anliegen wahrzunehmen und für die politische Arbeit aufzugreifen – miteinander, füreinander und unsere Gesellschaft! Deswegen waren wir auch im vergangenen Jahr auf den Straßen bei den zahlreichen Festen und Umzügen, die ich gerne mit organisiert habe.



Ein besonderes Ereignis war die Wahlkampfunterstützung einer Delegation unserer Partei in Kassels Partnerstadt Arnstadt. Zum 1. Mai haben unsere dortigen Genoss:innen ein Familienfest für die gesamte Stadtgesellschaft ausgerichtet, das im vergangenen Wahljahr in Thüringen ein starkes Zeichen gesetzt hat!

Am Tag der Arbeit – dem kämpferischen Tag der sozialdemokratischen Überzeugungen und Ziele – hat die Arnstädter SPD gezeigt, dass Sozialdemokratie für Vernetzung steht und diese

lebendig ausgestaltet. Nicht nur mit den Mitgliedern, auch zwischen Partei und Stadtgesellschaft, mit Vereinen und Gewerkschaften, das war eindrücklich zu sehen. So wurden

allen Stadträtinnen von fraktionsübergreifend Spenden für die jüngst abgebrannte Spitze des gesammelt. **Neutorturms** Der Zusammenhalt aller demokratischen Zusammenhalt **Parteien** zeigt den Arnstadts und die Delegation hat es erlebt: Städtepartnerschaften sind in unruhigen Zeiten wichtiger als je zuvor! Nunmehr 35 Jahre Freundschaft verbindet



unsere beiden Städte – lasst uns die Freundschaft zu Arnstadt und allen anderen Partnerstädten Kassels aufrechterhalten.





Mitmachen und Ideen einbringen – das ist für mich Sozialdemokratie. Das werde ich auch weiterhin tun und wünsche dem neuen Unterbezirksvorstand der SPD Kassel-Stadt viel Erfolg!







Bericht von Niklas Heß

Liebe Genossen und Genossinnen,

Meine Amtszeit im UBV neigt sich dem Ende zu, jedoch hoffe ich dass es nicht meine letzte sein wird. Für die Möglichkeit und das Vertrauen das Ihr in mich gesetzt habt bin euch sehr dankbar. Ich konnte dank euch hautnah bei vielen Veranstaltungen der Kasseler SPD dabei sein und vieles lernen. Ob es die Arbeit im Unterbezirksvorstand ist oder die Teilnahme an vielen Aktionen der Partei. Obwohl für uns alle die plötzliche Bundestagswahl und der Wahlkampf schwer war, haben wir einen Waldauer Jungen in den Bundestag bekommen. Ich freue mich sehr das der Daniel direkt gewinnen konnte. Es zeigt das wir als SPD in Kassel doch noch Wahlen gewinnen können. Jedoch ist nicht alles positiv in Kassel. Das erstarken der AFD ist erschreckend, vor allem im Kasseler Osten. Die Kommunalwahl steht bald an und wir als SPD müssen mit allen Kräften kämpfen damit die Rechtsextremistische Partei die AFD so wenige Prozente bekommt wie möglich. Die Gefahr das die Ortsbeiräte im Kasseler Osten geflutet werden mit AFD Mitglieder ist akut. Waldau, Forstfeld und Andere Ortsbeiräte könnten in den nächsten Kommunalwahlen in AFD Hand fallen. Wir brauchen Neumitglieder in unseren Ortsvereinen und vor allem brauchen wir aktive. Ich habe aber gesehen wie wir Kasseler Genossen und Genossinnen uns im Wahlkampf beteiligen und unsere Stadt besser machen wollen, deswegen bin ich guter Dinge das wir effektive und erfolgreiche Arbeit leisten werden um unsere Stadt vor den Rechtsradikalen zu schützen. Wir im Vorstand werden weiterhin unser bestes tun um unsere Partei auf die kommenden Wahlen vorzubereiten und hoffentlich sind wir bald wieder in Regierungsverantwortung hier in unserem schönen Kassel. Ich bedanke mich noch einmal für euer Vertrauen und hoffe auf eure Stimme für meine zweite Amtszeit.

Mit solidarischen Grüßen

Niklas Heß







Rechenschaftsbericht des Diversitätsbeauftragten – Thevagar Mohanadhasan

Liebe Genossinnen und Genossen,

Gemeinsam vor Ort: Wahlkämpfe und Basisarbeit

Mit Leidenschaft und Überzeugung habe ich in den vergangenen Monaten für unsere sozialdemokratischen Werte gekämpft. Nach meiner Wahl im Juni 2023 ging es direkt mit voller Kraft in den hessischen Landtagswahlkampf. Nicht nur unsere erfolgreiche Präsenz beim Zisselfest mit unseren beiden Landtagskandidaten Esther und Ron war ein tolles Erlebnis, sondern auch unser Einsatz beim Haustürwahlkampf. Bei der koordinierten Haustür-Wahlkampf Aktion bei der ich Unterstützung von Genoss*innen aus dem ganzen Bundesgebiet nach Kassel eingeladen habe, haben wir an über 1000 Türen geklingelt. Diese Aktion hat mir deutlich vor Augen geführt: Nur im direkten Gespräch können wir Menschen wirklich überzeugen! Zu dieser Zeit habe ich auch gemeinsam mit den Jusos Kassel die Themen-Werkstatt "Arbeit" mitorganisiert, wo wir mit Genossinnen und Genossen sowie externen Referentinnen und Referenten die Arbeitswelt von morgen diskutierten – von Mental Health am Arbeitsplatz bis zur entscheidenden Rolle gewerkschaftlichen Organizings.

Breite Bündnisse für Demokratie und soziale Gerechtigkeit – Hand in Hand

Als im Januar 2024 die Correctiv-Recherchen die erschreckenden Remigrationspläne rechtsextremer Kreise offenlegten, war sofortiges Handeln gefragt. Gemeinsam mit Orry Mittenmayer, dem Vorsitzenden der AfA-Stadt Kassel, mobilisierte ich im überparteilichen Bündnis "Hand in Hand" tausende Menschen, die sich lautstark gegen Rechtsextremismus positionierten. Der Erfolg dieser Demonstration, bei der sich nicht nur zahlreiche Vereine und Verbände aus der Stadtgesellschaft, sondern auch alle demokratischen Parteien der Stadtverordneten-Versammlung einschließlich der CDU anschlossen, unterstreicht: Wir müssen breite gesellschaftliche Bündnisse schmieden! Als Sozialdemokratie müssen wir Teil einer sozialen Bewegung sein, die für fundamentale Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde kämpft – über Parteigrenzen hinweg.

Von Februar bis Mai stand der **Europawahlkampf** im Mittelpunkt. Nach meiner Wahl zum nordhessischen Zweitkandidaten auf dem Bezirksparteitag führte ich mit unserer Hauptkandidatin Martina Werner einen solidarischen Wahlkampf im gesamten Bezirk. Ich vertrat unsere Partei mit Überzeugung auf Podien und Veranstaltungen. Trotz des enttäuschenden Ergebnisses, bei dem Martina den Einzug ins Parlament knapp verfehlte, haben wir als SPD Kassel gezeigt, wofür wir stehen: Ein starkes und soziales Europa!

Am **1. Mai,** dem **Tag der Arbeit** unterstützte ich die AfA bei Betreuung, Aufbau und Abbau ihres Standes. Es erfüllt mich mit Stolz, dass wir als SPD durch eine aktive und engagierte AfA-Stadt-AG unter der Führung von Orry wieder feste Verbindungen zu den Gewerkschaften knüpfen konnten. Egal ob Industrie-Arbeitskampf bei Volkswagen oder Streik in der Systemgastronomie, wir waren da als Partei und haben vielfach unsere Solidarität mit den Gewerkschaften bekräftigen können.

Denn die historische Rolle der Sozialdemokratie war es immer und wird es immer sein, fest an der Seite der Arbeiterbewegung zu stehen!







Zukunft machen: Innovation und Engagement

Früh-Start in den Bundestagswahlkampf: Die Afa Stadt-Kassel organisierte gemeinsam mit Daniel Bettermann bereits am 6. Dezember den Start in den Winter-Wahlkampf. Weit vor der politischen Konkurrenz –verteilten wir über 1.000 Schoko-Nikoläuse und Daniel-Flyer am Bahnhof Wilhelmshöhe, gemeinsam mit den Jusos. Der frühe Vogel fängt eben den Wurm! Über Instagram und TikTok erzielten wir mehr als 200.000 Aufrufe spezifisch in Kassel – genau dort im digitalen Raum, wo leider rechtsextreme Stimmenfänger und Populisten mit ihren blauen Herzen, die Deutungshoheit beanspruchen. Unser Erfolg in Kassel und Daniels Einzug in den Bundestag bestätigen eindrucksvoll: Unser Kampf lohnt sich!

In diesem Jahr blicke ich auf **zehn Jahre SPD**-Mitgliedschaft zurück. Diese Zeit, besonders die letzten intensiven Jahre, haben mir Mut und Kraft gegeben weiterzumachen. Mit Leidenschaft und Überzeugung möchte ich noch mehr Verantwortung in unserer Partei übernehmen – für eine starke Sozialdemokratie in Kassel, die entschlossen für soziale Gerechtigkeit kämpft.







Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der SPD AfA Stadt Kassel

Einleitung:

Liebe Genossinnen und Genossen am 19. März 2024 habt Ihr mich einstimmig zum Vorsitzenden der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in Kassel gewählt. Dieses Amt ist für mich kein Titel, sondern war immer ein Auftrag an mich – ein Auftrag, der auch tief in der DNA unserer Partei verwurzelt ist: Die Rechte und Interessen aber auch die Würde der Arbeitsnehmerinnen und Arbeitsnehmer zu schützen und zu wahren. Wir sind die Partei der Arbeiterinnen und Arbeiter und die AfA das Sprachrohr. In den Betrieben und auf den Straßen Kassels, stehen wir als AfA an der Seite der Beschäftigten ganz in der Tradition Willy Brandts, der uns lehrte: "Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten."

1. Wahlkampf und Mobilisierung: Wir packen an.

- **Europawahl 2024**: Unsere Plakatieraktion war kein Symbolakt, sondern ein Signal: Die SPD mischt sich ein und zwar im Herzen der Stadt.
- Frühverteileraktion mit Daniel Betterman: Gemeinsam mit dem neuen Bundestagsabgeordneten brachten wir den Wahlkampf dorthin, wo er hingehört: in die Frühschichten zu denen, die früh aufstehen, um dieses Land am Laufen zu halten. Ohne seinen großartigen und leidenschaftlichen Einsatz hätten wir diesen Wahlkreis nicht verteidigen können. Jetzt liegt es an uns allen, das Vertrauen der Bevölkerung auf Kommunalebene zurückzugewinnen. Packen wir es an.
- 1. Mai Infostand SPD: Wir diskutieren nicht über die Beschäftigten, sondern mit den Menschen denn Sozialdemokratie lebt vom Dialog, von Solidarität und Wertschätzung.

2. Gewerkschaftliche Solidarität: Wo Unrecht geschieht, schweigen wir nicht

- Streiks begleiten: Ob NGG, GEW, IG Metall oder einer der anderen DGB-Gewerkschaften wir standen Schulter an Schulter mit Streikenden. Denn wer soziale Gerechtigkeit predigt, muss auch bereit sein, für sie zu kämpfen und solidarisch sein. VW-Krise: Als die Belegschaft von Volkswagen im Sturm der Krise taumelte, waren wir keine Beobachter. Wir waren Verbündete mit Rat, Tat und der Überzeugung: Arbeitnehmerrechte sind unverhandelbar.
- -Jugend stärken: Der Austausch mit der JAV VW und der IG Metall Jugend war mehr als Pflicht es war unser Versprechen an die nächste Generation: Mitbestimmung ist kein Geschenk, sie wird erkämpft. Daher war es mir eine Freude, dass ich auf der JAV-Hauptversammlung mit der Jugend bei VW über Politik und Mitbestimmung diskutieren durfte.
- -Betriebsbesuch Klinikum Kassel: Auf Initiative der AfA Stadt Kassel organisierten wir einen Besuch zum Klinikum Kassel bei der die Bezirks ASG und die Jusos Stadt Kassel dabei waren und freuten uns besonders darüber, dass wir im Anschluss ein ergiebiges Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Ralph Stiepert führen durften. Ohne Dialog -keine gute Politik möglich.

3. Bildung und Zusammenhalt: Demokratie braucht Streit – und Empathie

- **Podium mit Prof. Dörre:** Gegen Rechtsradikalismus in Betrieben setzen wir die schärfste Waffe ein: Aufklärung. Denn wer Schweigen zulässt, macht Platz für Hetze.
- AfA-Sommerfest: Unser Fest war kein Ritual der Selbstbeschäftigung, sondern ein lebendiger Beweis: Wir wollen und können sozialdemokratische Solidarität leben jenseits der Flügel.
- **Gäste in Sitzungen:** Wir holten Betriebsräte, Aktivist:innen und Gewerkschaftsekretärinnen zu unseren Sitzungen weil Sozialdemokratie nur stark bleibt, wenn sie zuhört und sich selbst kritisch reflektiert.





4. Kampf gegen Rechts: Keinen Schritt zurück sondern mehr Sozialdemokratie!

- Proteste gegen AfD-Sommerfeste: Als die SPD Lohfelden zum Widerstand rief, standen wir vorne. Denn wer heute schweigt, lässt morgen die Feinde der Demokratie siegen. Zum Schluss ein paar persönliche Worte Liebe Genossinnen und Genossen, Sozialdemokratie ist kein Museum, das wir verwalten. Sie ist eine Baustelle, auf der wir täglich neu mauern – gegen die Kälte der Ungleichheit, gegen den Hass der Rechten, gegen die Resignation derer, die meinen, "es ändert sich ja doch nichts".

Ich danke Euch für das Vertrauen, das mir entgegengebracht wurde. Doch dieser Dank ist kein Abschluss, sondern ein Antrieb. Wir sind keine Statisten in der Geschichte. Wir sind ihre Macher – in den Betrieben, auf den Straßen, in den Parlamenten.

Ausblick

Die kommenden Monate werden kein Spaziergang. Doch wir antworten mit der Klarheit der Tat:

- Betriebe als Orte der Demokratie: Wir machen Werkshallen zu Foren für Debatten über Mitbestimmung und gegen Ausgrenzung.
- Jugend vernetzen: Gemeinsam mit Jusos und Gewerkschaftsjugend bauen wir Brücken zwischen Politik und Praxis.

Mein besonderer Dank gilt Euch – den Unermüdlichen an den Infoständen, den Lautstarken auf Demos, den Stillen, die im Hintergrund organisieren. Ich danke euch allen, die zu jeder AfA Sitzung kommen und rege mitdiskutieren. Ihr seid die Partei, ihr seid die AFA und gemeinsam schreiben wir sozialdemokratische Geschichte – nicht mit Worten, sondern mit Taten.

Orry Mittenmayer Vorsitzender der SPD AfA Stadt Kassel







Bericht der Jusos Kassel-Stadt

Wahlkampfaktivitäten:

Im vergangenen Jahr waren wir als Jusos Kassel-Stadt sowohl bei der Europawahl als auch bei der Bundestagswahl stark engagiert. Unsere Präsenz zeigte sich durch vielfältige Aktivitäten:

- Organisation eigener Veranstaltungsformate wie "Pizza und Politik" mit Kandidat:innen, um junge Menschen für Politik zu begeistern
- Zahlreiche Verteilaktionen, unter anderem beim KSV-Spiel während der Europawahl
- Intensive Tür-zu-Tür-Gespräche mit Bürger:innen verschiedener Altersgruppen
- Umfangreiche Unterstützung der SPD-Ortsvereine beim Plakatieren, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und beim Verteilen von Informationsmaterial
- Starke Präsenz in den sozialen Medien mit zielgruppengerechten Inhalten
- Beratungen, für Podiumsdiskussionen an Schulen

Besonders hervorzuheben ist die Teilnahme unserer Vorsitzenden Kepiaya Prabaharan an einer Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl in der Waldorfschule Kassel, wo sie die Positionen der Jusos und der SPD überzeugend vertreten hat.

Auch bei den Landtagswahlen in den ostdeutschen Bundesländern haben wir uns solidarisch gezeigt und unsere Genoss:innen vor Ort unterstützt.

Politische Bildung und Vernetzung:

Unsere regelmäßigen Sitzungen haben wir genutzt, um den politischen Horizont unserer Mitglieder zu erweitern. Dazu haben wir verschiedene Gäste eingeladen, darunter:

- Gewerkschafter:innen
- Pädagog:innen
- Weitere Expert:innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen

Diese Begegnungen haben uns geholfen, uns als jungsozialistischer Verband zu sensibilisieren, verschiedene Lebensrealitäten kennenzulernen und fundierte politische Positionen zu entwickeln.

Demonstrationen und Kundgebungen

Als Jusos Kassel-Stadt legen wir großen Wert auf politische Sichtbarkeit und klare Haltung. Wir haben uns an zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen beteiligt:

- Feministischer Kampftag
- Demonstrationen gegen Rechtsextremismus
- Tag der Arbeit
- Gedenkveranstaltung für die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau
- Kundgebung in Vellmar gegen den Auftritt von Beatrix von Storch, bei der unsere Vorsitzende Kepiaya Prabaharan und die stellvertretende Vorsitzende Anna-Lena Pysall mit eindrucksvollen Redebeiträgen die Position der Jusos vertraten und ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremismus setzten

Vernetzung innerhalb der Partei







Unsere Vorsitzende Kepiaya Prabaharan war in verschiedenen Arbeitsgruppen und Ortsvereinen präsent und pflegte einen kontinuierlichen Austausch mit Parteimitgliedern aller Altersgruppen, beispielsweise bei den Veranstaltungen zum Tag der Arbeit.

Höhepunkt des Jahres: Generationenübergreifende Weihnachtsfeier

Ein besonderes Highlight war unsere selbst organisierte Weihnachtsfeier für Jusos und SPD-Mitglieder. Diese Veranstaltung brachte Jung und Alt zusammen und ermöglichte einen generationenübergreifenden Austausch in entspannter Atmosphäre. Mit über 50 Gästen im Verlauf des Abends war die Feier ein voller Erfolg und hat die Gemeinschaft innerhalb des Verbandes und der Partei gestärkt

Insgesamt blicken wir auf ein aktives und erfolgreiches Jahr zurück, in dem wir als **Jusos Kassel-Stadt** sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit Präsenz gezeigt und jungsozialistischen Positionen Gehör verschafft haben.







Bericht der Landtagsabgeordneten zum SPD-Unterbezirksparteitag Liebe Genossinnen und Genossen.

seit dem 18. Januar 2024 ist die SPD Teil der Regierungskoalition in Hessen. Das hat meine Arbeit als Abgeordnete gravierend verändert. Die Arbeit als Teil einer Regierungsfraktion ist aufwendiger, weil sie zusätzliche Abstimmung erfordert. Zu den Arbeitskreisen der eigenen Fraktion kommen nun auch die gemeinsamen Arbeitskreise mit dem Koalitionspartner. SPD und CDU sind auch in Hessen komplett unterschiedliche Parteien, mit eigenständigen politischen Programmen und einer sich klar unterscheidenden politischen Kultur. Das macht den nötigen Abstimmungsbedarf oft langwierig, manchmal auch kompliziert und konfliktbehaftet. Dass diese Konflikte sich weitgehend hinter verschlossenen Türen abspielen, kann man als politischen Erfolg verstehen. Es bleibt aber festzuhalten, dass der sehr polarisierend geführte Bundestagswahlkampf auch Auswirkungen auf die Koalition in Wiesbaden hatte. Vertrauensvoll zusammenarbeiten kann nur der, der auch darauf vertrauen kann, dass er nicht gleichzeitig öffentlich beschimpft wird oder als lästiges Anhängsel behandelt wird. Es gehört zu einer funktionierenden Koalition, dass auch der kleinere Koalitionspartner politische Spielräume erhält. Dass die SPD in Hessen mitregiert, zeigt sich auch in einer Reihe von Abstimmungen im Bundesrat, in denen die CDU nicht einfach ihren Willen durchsetzen kann, sondern sich entweder enthalten hat oder wie im Fall der Mietpreisbremse, es auch gelingt sozialdemokratische Interessen durchzusetzen. Politischer Streit bleibt und ist ein Teil der Demokratie, solange er konstruktiv und faktenbezogen bleibt.

Die politische Debatte in Wiesbaden ist zurzeit hauptsächlich geprägt von einer schwierigen politischen Haushaltslage. Als Mitglied des Haushaltsauschusses bekomme ich das hautnah zu spüren. Diese führt leider auch zu unpopulären politischen Entscheidungen. Wie in Hessen etwa zur Verschiebung der Beamtenbesoldung. Die Besoldung wurde zum 1. Februar 2025 um 4,8 Prozent angepasst. Die zweite Erhöhung um weitere 5,5 Prozent war ursprünglich für August 2025 geplant und wird nun um vier Monate verschoben werden. Die dadurch erreichte Haushaltsentlastung beträgt rund 180 Mio. Euro. Ich kann den Ärger der Betroffenen darüber gut nachvollziehen. Es geht hier nicht nur um Geld, sondern auch um Vertrauen auf einmal getroffene Entscheidungen. Allerdings hat sich die finanzielle Situation des Landes so gravierend verschlechtert, dass ein Verzicht auf diese Verschiebung, zu massiven Einsparungen beispielsweise bei demokratischen Initiativen geführt hätte. Wir als SPD-Fraktion stehen trotz notwendiger Konsolidierung für eine Haushaltspolitik, die nicht dazu führt, dass wichtige einmal aufgebaute Strukturen zerschlagen werden, die man hinterher mühsam wiederaufbauen muss. Was oft zu mehr Ausgaben führt, als man vorher eingespart hat. Das gemeinsame Ziel der Hessen-Koalition ist es, nicht den Mangel zu verwalten, sondern Politik für unser Land zu gestalten – und für die Menschen, die in Hessen leben. Auch in diesen wirklich schwierigen Zeiten.

Uns ist die Handlungsfähigkeit der hessischen Kommunen wichtig. Die SPD ist und bleibt eine kommunal verwurzelte Partei. Land und Kommunen sitzen zumindest was die dringend benötigten Haushaltmittel für Investitionen angeht im gleichen Boot, denn gut 80 Prozent aller jetzt dringend notwendigen Investitionen fallen im Bereich der Kommunen und Länder an. Uns





ist bewusst, dass gerade auf der kommunalen Ebene ein massiver Investitionsstau besteht. Dass es im Grunde 5 nach 12 ist. Daher wollen wir einen Daseinsvorsorge-Fond einrichten, in dem die erforderlichen Mittel beispielsweise für Investitionen in unsere Krankenhäuser, in den Kita-Ausbau, die Berufsschulen oder in die kommunale Energieversorgung gebündelt werden können. Die Entscheidung auf Bundesebene, einen schuldenfinanzierten Infrastrukturtopf zu schaffen, ist daher zurzeit wirklich die einzig richtige. Wir begrüßen auch sehr ausdrücklich die Möglichkeit für die Länder die Schuldenbremse zu lockern.

Ich bin aber nicht nur Haushaltspolitikerin, sondern vor allem SPD Obfrau im Hauptausschuss. Die Themen dort sind vielfältig. Insbesondere in Zeiten grassierender Fake News sowie Hass und Hetze im Netz ist eine pluralistische und verlässliche Medienlandschaft unerlässlich. Die Hessische Landesregierung legt vor diesem Hintergrund ein besonderes Augenmerk auf die zukünftige Aufstellung und nachhaltige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Mir persönlich ist darüber hinaus die per Gesetz der Medienanstalt Hessen zugewiesene Medienkompetenzbildung und Aufsicht über private Medien, inklusive des Internets, wichtig. Als Vertreterin der SPD-Fraktion in der Medienanstalt eröffnet sich hier ein vielfältiges und gerade in diesen Zeiten herausforderndes Tätigkeitsfeld.

Einen besonderen Schwerpunkt legen wir zurzeit auf die Aufarbeitung der Corona Pandemie. Der Landtag wird hier neue Wege gehen und mit einer Expertenanhörung und der Bildung von Fokusgruppen den Schwerpunkt nicht wie im Untersuchungsausschuss hauptsächlich auf eventuell gemachte Fehler legen, sondern gemeinsam mit den hauptsächlich betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch kommen. Auch darüber, was gut und schlecht gelaufen ist, aber hauptsächlich mit dem Blick darauf, was wir im Hinblick auf kommende Pandemien gemeinsam besser machen können. Das ist ein spannender Prozess, an dem ich als SPD Obfrau maßgeblich beteiligt sein werde.

Die Landesregierung hat mich zudem in die Aufsichtsräte der Fluggesellschaft Kassel GmbH und der documenta gGmbH berufen. Beide Aufsichtsräte, denen ich als Vertreterin des Landes angehöre, haben große Schnittmengen mit meinem kommunalpolitischen Mandat, dass ich nach wie vor mit großer Begeisterung ausübe. Des Weiteren sitze ich auch im Theaterbeirat des Staatstheaters Kassel. Die Kommune ist und bleibt der Ort, an dem der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern am unmittelbarsten besteht. Kassel ist meine Heimat. Ich vertrete die Interessen meiner Heimatstadt mit großer Leidenschaft im Landtag

Seit der Landtagswahl bin ich im Landtag nicht mehr nur für die Stadt Kassel zuständig, sondern auch Ansprechpartnerin für Kassel Land II. Ich teile mir diese Zuständigkeit sehr gern mit meinem Landtagskollegen Oliver Ulloth. Wir decken unterschiedliche politische Schwerpunkte im Landtag ab und ergänzen uns vor Ort. Die gute Zusammenarbeit mit den nordhessischen Kolleginnen und Kollegen macht mich immer wieder sehr dankbar. Politisch ist es nie gut, sich als Einzelkämpfer zu verstehen, man ist immer stärker als Teil eines Teams. Gerade deshalb bin ich sehr froh, dass wir mit Daniel Bettermann jetzt wieder einen Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis haben. Ich freue mich auf die gute Zusammenarbeit zum Wohle Kassels.

Danke auch an alle Kasseler Genossinnen und Genossen, wie ihr wisst habe ich immer ein Ohr für eure Anliegen. Auch in diesem Jahr wird mein Büro wieder drei Fahrten in den Hessischen Landtag organisieren. Ich freue mich auf euren Besuch in Wiesbaden.



UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

Abschließend möchte ich mich daher bei meinem Team an Mitarbeitern bedanken. Dietmar Bürger und Maximilian Funk sind in meinem Wahlkreisbüro mit einer Vielzahl unterschiedlicher Themen und Bürgeranfragen beschäftigt. Lucas Adler ergänzt das Team in meinem Büro im Hessischen Landtag. Allen dreien gilt mein Dank für die gute Zusammenarbeit.

Glück auf!

Eure Esther







WV Wahlvorschläge

Ordentlicher Unterbezirksparteitag am 26.04.2025

WV 1: Delegierte Bundesparteitag

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Anna-Lena Pysall	Harleshausen	Vorderer Westen
Thevagar Mohanadhasan	Altkassel/Mitte	OV Vorderer Westen, Jusos
Daniel Bettermann	Kassel Ost	OV Vorderer Westen
Finja Müller	Kasseler Norden	OV Kasseler Norden
Kepiaya Prabaharan	Kirchditmold	Jusos
Dietmar Bürger	Wesertor	Wesertor

WV 2: Delegierte Landesparteitag

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Hannah Brand	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Vanessa Schweikert	Vorderer Westen	Vorderer Westen, Jusos
Anna-Lena Pysall	Harleshausen	Vorderer Westen
Mario Lang	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Thevagar Mohanadhasan	Altkassel/Mitte	Vorderer Westen, Kasseler Norden, Jusos
Syrus Taybei	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Andreas Dietz	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Jörg Schöneweiß	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Finja Müller	Kasseler Norden	Kasseler Norden, Jusos
Leila Mothadi	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Thomas Lipphardt	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Wolfgang Decker	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Sandra Austen	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Fabian Hildebrandt	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Andreas Nietsch	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt
Niklas Heß	Kassel Ost	Jusos, Kassel Ost
Viet Hoang Nguyen	Kassel Ost	Jusos, Kassel Ost
Esther Kalveram	Kassel Ost	Kassel Ost
Tanja Daum	Kassel Ost	Kassel Ost
Sonja Battenberg	Kassel Ost	Kassel Ost
Christoph Zeidler	Nordshausen	Nordshausen
Dietmar Bürger	Wesertor	Wesertor
Dieter Seidel	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte

WV 3: Delegierte Bezirksparteitag

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Mario Lang	Vorderer Westen	Vorderer Wester





26. APRIL 2025

		T
Flemming Menges	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Ernst Schmadel	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Vanessa Schweikert	Vorderer Westen	Vorderer Westen, Jusos
Sebastian Vogt	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Michael Heni	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Florian Schulz	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Hannah Brand	Vorderer Westen	Vorderer Westen
Anna-Lena Pysall	Harleshausen	Vorderer Westen
Thevagar Mohanadhasan	Altkassel/Mitte	Vorderer Westen, Kasseler
		Norden
Andreas Dietz	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Leila Mohtadi	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Finja Müller	Kasseler Norden	Kasseler Norden, Jusos
Jörg Schöneweiß	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Thomas Lipphardt	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Johannes Knöfel	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Wolfgang Decker	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Sandra Austen	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Fabian Hildebrandt	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke
Andreas Nietsch	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt
Kepiaya Prabaharan	Kirchditmold	Jusos
Viet Hoang Nguyen	Kassel Ost	Jusos, Kassel Ost
Niklas Heß	Kassel Ost	Jusos, Kassel Ost
Esther Kalveram	Kassel Ost	Kassel Ost
Tanja Daum	Kassel Ost	Kassel Ost
Sonja Battenberg	Kassel Ost	Kassel Ost
Christoph Zeidler	Nordshausen	Nordshausen
Christian Knauf	Nordshausen	Nordshausen
Dietmar Bürger	Wesertor	Wesertor
Dieter Seidel	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte
Jari Pellmann	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte
Kasra Rezagholipour Dizatschi	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte
	<u> </u>	

WV 4: Unterbezirksvorstand

Name	Position	Ortsverein	Vorschlagende von
Manfred Merz	Vorsitzender	Fasanenhof	Fasanenhof
Wolfgang Decker	Stellv. Vorsitzender	Wolfsanger/Hasenhecke	Wolfsanger/Hasenhecke, Wesertor
Anna-Lena Pysall	Stellv. Vorsitzende	Harleshausen	Vorderer Westen, Kasseler Norden, Jusos
Christoph Zeidler	Stellv. Vorsitzender	Nordshausen	Nordshausen, Wesertor
Thevagar	Schatzmeister	Altkassel/Mittel	Vorderer Westen,
Mohanadhasan			Kasseler Norden, Jusos
Vanessa Schweikert	Mitgliederbeauftragte	Vorderer Westen	Vorderer Westen







Andreas Dietz	Beisitzer (Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit)	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Leila Mohtadi	Beisitzerin (Diversität und Migration)	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Tanja Daum		Kassel Ost	Kassel Ost
Niklas Hess	Beisitzer	Kassel Ost	Kassel Ost, Jusos
Dieter Seidel	Beisitzer (Arbeitsgemeinschaften und Zielgruppen, Betriebs- und Projektgruppen)	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte, Wesertor
Andreas Nitsch	Ortsvereine und Ortsbeiräte	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt
Dr. Cornelia Janusch	Beisitzerin	Brasselsberg	Wesertor
Anja Möller	Beisitzerin	Harleshausen	Wesertor

WV 5: Unterbezirksausschuss

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Johannes Knöfel	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Jörg Schöneweiß	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Axel Göppert	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Anke Bergmann	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt
Arian Azim	Süsterfeld	Jusos
Julia Opper	Wehlheiden-Südstadt	Jusos
Dustin Fiedler	Wehlheiden-Südstadt	Jusos
Wanja Schläger	Kirchditmold	Jusos
Viet Hoang Nguyen	Kassel Ost	Jusos
Jari Pellmann	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte
Sandra Austen	Wolfsanger	Wolfsanger
Anja Möller	Harleshausen	Wolfgsanger
Stefan Trömer	Ost	Ost

WV 6: Revisoren

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Wolfgang Schwerdtfeger	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Lukas Kiepe	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt

WV 7 Schiedskommission

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Rolf-Christian Otto	Wehlheiden-Südstadt	Wehlheiden-Südstadt

WV 8 Bezirksausschuss

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Finja Müller	Kasseler Norden	Kasseler Norden, Jusos





Andreas Dietz	Kasseler Norden	Kasseler Norden
Thevagar Mohanadhasan	Altkassel/Mitte	Jusos
Jari Pellmann	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte

WV 9 Landesparteirat

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Finja Müller	Kasseler Norden	Jusos
Dieter Seidel	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte

WV 10 Bezirksvorstand

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von

WV 10 Parteikonvent

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Thevagar Mohanadhasan	Altkassel/Mitte	Kasseler Norden
Viet Hoang Nguyen	Kassel Ost	Jusos
Finja Müller	Kasseler Norden	Jusos
Dieter Seidel	Altkassel/Mitte	Altkassel/Mitte

WV 11 SPE-Kongress

Name	Vorschlagende von	Vorschlagende von
Vanessa Schweikert	Vorderer Westen	Jusos
Viet Hoang Nguyen	Kassel Ost	Jusos







Meldungen der Ortsvereine für die Antragsprüfungs- und Zählkommission

Ortsverein	Antragsprüfungskommission	Zählkommission
Altkassel/Mitte	Dieter Seidel	Kasra Rezagholipour Dizatschi
Brasselsberg		
Kasseler Norden	Jörg Schöneweiß	Hanife Coban-Yildiz Stefan Markl
Fasanenhof		
Harleshausen		
Jungfernkopf		
Kirchditmold		
Niederzwehren		
Nordshausen	Christian Knauf	Claudia Kleinöder
Oberzwehren		
Ost		
Süsterfeld		
Wesertor		
Wolfsanger		Sandra Austen
Vorderer Westen		
Wehlheiden-Südstadt	Alina Geersten	Benjamin Schramm
Wilhelmshöhe		
AG 60 plus		
AfA		
SPD Frauen		
AsJ		
Jusos	Thevagar Mohandadhasan Viet Hoang Nguyen Julia Opper Anna-Lena Pysall Robert Handke	Dustin Fiedler

Vorsitzende der Antragsprüfungskommission: Vorsitzender der Zählkommission: Mario Lang







Antragssteller SPD-Ortsverein Wehlheiden-Südstadt

Betreff Kinderfreundliche Steuerpolitik

Adressat SPD-Bundestagsfraktion, S&D-Fraktion im Europäischen

Parlament

- 1 Der/die Unterbezirksparteitag/Mitgliederversammlung soll beschließen
- 2 Produkte für Säuglings- und Kinderpflege werden als Dinge des täglichen Bedarfs
- eingestuft und mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % besteuert.
- 4 Begründung
- 5 Warum sind Kinder so laut? Weil das Steuersystem in Deutschland ungerecht ist.
- 6 Güter des täglichen Bedarfs wie Pferde, Trüffel, Schnittblumen, Tiernahrung und
- 7 Hörgeräte werden mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz von 7 % besteuert.
- 8 Babynahrung und Windeln hingegen unterliegen dem Umsatzsteuersatz von 19 %.
- 9 Der BMF-Anwendungserlass zum Umsatzsteuergesetz umfasst mehr als 800 Seiten,
- um Abgrenzungsprobleme zwischen beiden Steuersätzen zu klären. Dort sollte also
- 11 ausreichend Platz für sinnvolle Regelungen sein.
- 12 2022 stellte die Bunderegierung fest: Nach der geltenden Fassung der Mehrwertsteuer-
- 13 Systemrichtlinie ist es nicht möglich, Artikel für Kinder und Familien umfassend mit
- einem ermäßigten Umsatzsteuersatz zu begünstigen. Dann muss halt die EU-Richtlinie
- 15 angepasst werden.







Antragssteller SPD-Ortsverein Kasseler Nord

Betreff Deckelung von Parteispenden

Adressat Bezirksparteitag Hessen-Nord, Bundesparteitag, Bundesvorstand

zur Kenntnis, SPD-Bundestagsfraktion zur Kenntnis, SPD-

Mitgliedern des Bundeskabinetts zur Kenntnis

- 1 Der Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt möge beschließen:
- 2 Die Obergrenze für Parteispenden soll auf höchstens 50.000 Euro pro Person bzw. pro
- 3 Unternehmen/Jahr gedeckelt werden. Das Parteiengesetz soll dementsprechend
- 4 geändert warden.
- 5 Begründung: In 19 der 27 EU-Staaten existiert bereits eine Obergrenze für
- 6 Parteispenden. In Deutschland kommt erschwerend dazu, dass antidemokratische
- 7 Parteien entstanden sind, die insbesondere auch Parteifinanzregeln umgehen. Bekannte
- 8 Vorfälle sind Goldverkäufe oder Vereine oder Verlage, die Wahlkampagnen für rechte
- 9 Parteien schalten. Durch Spenden über Vereine können Offenlegungspflichten und
- 10 Annahmeverbote umgangen werden.





Antragssteller SPD-Ortsverein Kasseler Nord

Betreff Direkte Investitionen in den sozialen Wohnungsbau

Adressat Bezirksparteitag Hessen-Nord, Bundesparteitag, Bundesvorstand

zur Kenntnis, SPD Bundestagsfraktion zur Kenntnis, SPD-

Mitgliedern des Bundeskabinetts zur Kenntnis

- 1 Der Unterbezirksparteitag Kassel Stadt möge beschließen:
- 2 Statt der Subvention von Sozialwohnungen mit nur 20 jähriger Sozialbindung, sollen
- die vorgesehenen Gelder für diesen Bereich direkt von der Öffentlichen Hand in den
- 4 Bau von Wohnungen mit dauerhafter Sozialbindung investiert werden und die
- 5 erzielten Mieteinnahmen zweckgebunden in deren Erhalt und den Bau weiterer
- 6 Wohnungen fließen.
- 7 Begründung:
- 8 Mit der bisherigen Förderung werden hauptsächlich die Gewinne von Investoren
- 9 gesichert, der Effekt auf den Wohnungsmarkt ist gering und nicht nachhaltig.
- 10 Wie man am Beispiel Wiens sehen kann, geht das deutlich besser in der Metropole
- sind die Mieten größtenteils immer noch erschwinglich, weil ein großer Teil der
- 12 Wohnungen der öffentlichen Hand gehören.
- 13 Dank relativ geringer Finanzierungskosten der öffentlichen Hand sind gezielte
- staatliche Investitionen viel effizienter, auch weil kein Gewinn erzielt werden muss.
- Die entstehenden Mieteinnahmen können für weitere Investitionen genutzt werden,
- was für einen nachhaltigen Hebeleffekt sorgt und langfristig eine kostenneutrale
- 17 Fortsetzung des Programms ermöglicht.







Antragssteller SPD-Ortsverein Kasseler Norden

Betreff Steuerprüfung bei Einkommensmillionären

Adressat Bezirksparteitag Hessen-Nord, Landesparteitag, SPD-

Landtagsfraktion zur Kenntnis, SPD-Mitgliedern der

Landesregierung zur Kenntnis

- 1 Der Unterbezirksparteitag Kassel Stadt möge beschließen:
- 2 Die hessische Politik soll darauf hinwirken, dass Menschen, deren Einkommen im Jahr
- 3 1.000.000,00 Euro übersteigt, häufiger Steuerprüfungen durch die Finanzämter
- 4 unterzogen werden.

5

6 Begründung: Laut Bundesamt für Statistik stieg die Zahl der Einkommensmillionären in

- 7 den letzten zehn Jahren deutschlandweit deutlich an. Im Jahr 2013 wurden in
- 8 Deutschland 15 Prozent der Steuererklärungen von Einkommensmillionären geprüft,
- 9 2023 nur noch 6 Prozent.
- 10 Laut Statistik erzielen Steuerprüfungen bei Einkommensmillionären prozentual und
- 11 finanziell große Erfolge. Einkommensmillionäre, die durch den Staat profitieren, aber
- 12 trotz enormer Einkünfte nicht ihren gerechten Teil zum Erhalt des Staates beitragen
- wollen, müssen entdeckt werden und faire Steuern an die Gemeinschaft zahlen!







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Einführung von Aufnahmeprüfungen und Ausbau der

Studienplatzkapazitäten in den Studiengängen Medizin und

Psychologie

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag

1 Forderung

- 2 Wir fordern, neben einer deutlichen Aufstockung der Studienplätze für Medizin und
- 3 Psychologie standardisierte und fachspezifische Aufnahmeprüfungen für die oben
- 4 genannten Studiengänge einzuführen, statt primär einen entsprechenden Platz über
- 5 die Abiturnote zu vergeben. Hierzu sollen neben schulischen Leistungen auch andere
- 6 relevante Kompetenzen und Erfahrungen berücksichtigt werden. Zu nennen sind hier
- 7 insbesondere folgende Bereiche;
- 8 → fachspezifisches Wissen, logisches Denken, Problemlösungsfähigkeiten und
- 9 praktische Eignungstests.
- → Berücksichtigung persönlicher und sozialer Kompetenzen in der Auswahl, die durch
- 11 strukturierte Interviews, Assessment-Center oder Persönlichkeitstests erfolgen kann.
- → Erhöhung der oben genannten Studienplatzkapazitäten, um dem steigenden Bedarf
- an Fachkräften gerecht zu werden, dem bereits bestehenden Ärztemangel
- 14 entgegenzuwirken und die psychotherapeutische Versorgung in Deutschland zu
- 15 verbessern.

16 Begründung:

- 17 Der derzeitige Numerus Clausus (NC) in der Abiturnote benachteiligt Bewerberinnen
- und Bewerber, die trotz hoher Leistungsbereitschaft nicht die erforderlichen Bestnoten
- 19 erreichen. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Schulnoten nicht
- 20 ausschließlich die individuelle Leistung oder Eignung widerspiegeln, sondern von
- verschiedenen äußeren Faktoren beeinflusst werden:
- 22 → Laut PISA-Studien beeinflusst der sozioökonomische Status der Eltern maßgeblich die
- 23 Schulleistungen. Schüler aus wohlhabenderen Familien haben oft bessere Noten, da sie
- 24 mehr Unterstützung erhalten.







UNTERBEZIRKSPARTEITAG

- 25 → Die Notenbewertung ist nicht immer objektiv. Unterschiedliche Lehrkräfte bewerten
- 26 dieselbe Leistung unterschiedlich.
- 27 → Studien zeigen, dass Mädchen oft bessere Noten erhalten als Jungen bei
- vergleichbarer Leistung. Auch Attraktivität oder Herkunft können unbewusst die
- 29 Notengebung beeinflussen
- 30 → In leistungsstarken Klassen ist es schwieriger, gute Noten zu erhalten, da Lehrkräfte
- 31 oft relativ zum Klassendurchschnitt bewerten.
- 32 \rightarrow Metaanalysen haben herausgefunden, dass Schulnoten nicht immer zuverlässig den
- 33 späteren Studienerfolg vorhersagen.

34

- Im Wintersemester 2023/2024 gab es rund 10.000 Studienplätze für Humanmedizin,
- 36 während sich mehr als 50.000 Bewerberinnen und Bewerber beworben haben. Laut
- 37 Bundesärztekammer fehlen beispielhaft bis 2035 über 11.000 Hausärzte, insbesondere
- in ländlichen Regionen. Der Ärztemangel betrifft jedoch nicht nur Hausärzte, sondern
- 39 auch Fachärzte in verschiedenen Disziplinen. Besonders betroffen sind Fachrichtungen
- 40 wie Anästhesiologie, Psychiatrie, Geriatrie und Frauenheilkunde. Laut einer Studie der
- 41 Unternehmensberatung PWC werden bis 2035 etwa 1,8 Millionen Stellen im
- 42 Gesundheitswesen unbesetzt bleiben, was einem Engpass von 35 Prozent entspricht.
- Dieser Mangel führt bereits jetzt dazu, dass Krankenhäuser Abteilungen vorübergehend
- oder dauerhaft schließen müssen. Beispielsweise mussten Kliniken für Geriatrie und
- 45 Geburtshilfe aufgrund fehlender Fachärzte ihren Betrieb einschränken oder einstellen.
- 46 Für das Fach Psychologie ist ebenfalls seit langer Zeit zu beobachten, dass es immer
- 47 mehr Bewerber gibt, als Studienplätze angeboten werden können. Eindrucksvoll zeigt
- sich das am Wintersemester 2023/24, in dem sich bundesweit etwa 25.000
- 49 Studieninteressierte auf rund 6.500 verfügbare Studienplätze im Bachelorstudiengang
- 50 Psychologie bewarben. Aufgrund der hohen Nachfrage liegt der NC für Psychologie
- häufig zwischen 1,0 und 1,5, abhängig von Hochschule und Semester. Trotz steigenden
- 52 Bedarfs an psychotherapeutischer Versorgung gibt eslange Wartezeiten für Patienten,
- wie besonders eindrucksvoll am Beispiel Niedersachsen festzustellen ist. Hier führen
- viele Psychotherapeuten Wartelisten mit Wartezeiten von bis zu zwei Jahren. Länder
- wie Österreich und die Schweiz setzen für die Studienfächer Medizin und Psychologie
- bereits auf Eignungstests statt NC, wenngleich soziale Kompetenzen in die Auswahl
- 57 nicht mit einfließen, was allerdings neben anderen wichtigen Faktoren ebenso
- 58 Bestandteil von Aufnahmeprüfungen sein sollte.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Klimaschutz finanzieren statt verwalten: Reform der

Schuldenbremse und Investitionspflicht

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Forderung:

2

1

- 1. **Abschaffung der Kreditobergrenze** für strategische Investitionen in Infrastrukturen in
- 4 Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen.
- 5 2. Verbindliche Reform der Schuldenbremse mit einer gesetzlich verankerten
- 6 Investitionspflicht, damit jährlich ausreichende Mittel für den sozial-ökologischen
- 7 Wandel bereitgestellt werden.
- 8 Konkret soll Klimaschutz nicht als "Sondervermögen" oder Ausnahmefall definiert
- 9 werden, sondern als staatliche Daueraufgabe gelten, die im Grundgesetz als
- 10 Gemeinschaftsaufgabe verankert wird. Die Ressorts sollen so zu jährlich, dem Weg zur
- 11 Klimaneutralität bis zum Jahr 2045 angemessene verbindlichen Investitionen
- 12 verpflichtet sein und nicht länger in jeder Haushaltsverhandlung aufs Neue um
- 13 Klimaetats ringen müssen.

- Die junge Generation trägt in doppelter Hinsicht die Last eines unzureichenden
- 16 Klimaschutzes: Einerseits wird sie mit den verschärften Folgen der Klimakatastrophe
- 17 leben müssen, andererseits wird sie den Schuldenberg abtragen, der durch zögerliches
- 18 und halbherziges Handeln entsteht.
- 19 Eine rein formale Aufnahme des Ziels "Klimaneutralität bis 2045" in die Verfassung
- 20 reicht nicht aus, wenn es keine konkreten und verbindlichen Mechanismen gibt, die
- sicherstellen, dass Investitionen tatsächlich in CO₂-Einsparungen fließen. Bestehende
- 22 Finanzierungsmodelle wie Sondervermögen oder Ausnahmetatbestände werden dem
- 23 Ernst der Lage nicht gerecht, da sie schnell ausgehöhlt oder in Haushaltsverhandlungen
- 24 beschnitten werden können.
- Die **Reform der Schuldenbremse** mit Einführung einer **Investitionspflicht** stellt sicher,
- 26 dass die benötigten Mittel für Dekarbonisierung, Klimaanpassung und nachhaltige





UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

- 27 Infrastrukturprojekte verstetigt und für die Zukunft planbar sind. Damit würde die
- 28 Bundesregierung ihre Verantwortung unterstreichen und die Glaubwürdigkeit ihres
- 29 Klimaversprechens erhöhen.
- Nur so kann verhindert werden, dass hohe Summen in ineffiziente Maßnahmen fließen,
- 31 ohne dass die CO₂-Bilanz tatsächlich sinkt. Eine verbindliche Verankerung im
- 32 Grundgesetz als **Staatsziel Klimaschutz** sowie feste Vereinbarungen im
- 33 Koalitionsvertrag schaffen Planungssicherheit für alle Ressorts, erhöhen die
- 34 Transparenz und demonstrieren, dass es der Gesetzgebung mit dem Ziel
- Klimaneutralität bis zum Jahre 2045 ernst gemeint ist.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Erleichterung der Anerkennung von Psycholog:innen mit

Fremdsprachenkompetenzen – Für eine vielfältige und inklusive

Gesundheitsversorgung!

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag

1 Forderung:

- 2 Wir fordern eine erleichterte Anerkennung von Psycholog:innen mit
- 3 Fremdsprachenkompetenzen, um den Zugang zu psychologischer Betreuung für
- 4 Menschen mit Migrationshintergrund und nicht-deutscher Muttersprache zu
- 5 verbessern.

1. Erleichterung des Anerkennungsverfahrens für fremdsprachige Psycholog:innen

- 7 Psycholog:innen, die ihre Ausbildung im Ausland absolviert haben und keine oder nur
- 8 geringe Deutschkenntnisse besitzen, sollen in Deutschland einfacher anerkannt werden
- 9 können, wenn sie nachweisen, dass sie eine andere Sprache auf hohem Niveau
- beherrschen, die für eine relevante Zielgruppe in Deutschland von Bedeutung ist (z. B.
- 11 Türkisch, Arabisch, Russisch, Polnisch)

12 2. Flexibilisierung der Sprachanforderungen

- 13 Während Deutschkenntnisse für viele psychologische Tätigkeiten wichtig sind, soll es
- 14 Ausnahmen für Psycholog:innen geben, die in einer anderen Sprache tätig sein können.
- 15 Dies betrifft insbesondere Praxen und Einrichtungen, die auf fremdsprachige
- 16 Patient:innen spezialisiert sind.

17 3. Schaffung von Übergangsregelungen

- 18 Psycholog:innen, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse haben, sollen die
- 19 Möglichkeit erhalten, während ihrer Tätigkeit in Deutschland an Deutschkursen
- 20 teilzunehmen, ohne dass dies die Anerkennung ihrer Qualifikation verzögert.

21 4. Förderung von nicht-deutschsprachigen Angeboten in der psychologischen

- 22 Versorgung
- 23 Psychologische Praxen, die Beratungen und Therapien in anderen Sprachen anbieten,
- sollen durch finanzielle Anreize und Förderprogramme unterstützt werden. Dies kann







- 25 durch Zuschüsse, steuerliche Erleichterungen oder spezielle Fördermittel für die
- 26 Einrichtung fremdsprachiger Angebote geschehen.

5. Integration in bestehende Strukturen

- 28 Psycholog:innen mit Fremdsprachenkompetenzen sollen aktiv in das deutsche
- 29 Gesundheitssystem integriert werden, indem sie in Kliniken, Beratungsstellen und
- 30 anderen relevanten Einrichtungen eingesetzt werden, die auf Zielgruppen mit
- 31 spezifischen Sprachbedarfen ausgerichtet sind.

32 6. Schaffung eines Netzwerks für fremdsprachige Psycholog:innen

- Es soll ein nationales Netzwerk geschaffen werden, das fremdsprachige Psycholog:innen
- miteinander verbindet, Weiterbildungen anbietet und den Austausch mit deutschen
- 35 Kolleg:innen fördert.

36

37

- 38 Deutschland ist eine vielfältige Gesellschaft, in der viele Menschen mit
- 39 Migrationshintergrund oder nicht-deutscher Muttersprache leben. Für diese Menschen
- ist der Zugang zu psychologischer Betreuung oft durch Sprachbarrieren erschwert. Zwar
- 41 ist es in Deutschland nicht grundsätzlich verboten, als Psycholog:in ohne
- 42 Deutschkenntnisse zu arbeiten, doch stellen die Anforderungen an die
- 43 Berufsanerkennung und die Approbation, die häufig Deutschkenntnisse voraussetzen,
- 44 eine erhebliche Hürde dar.
- 45 Gleichzeitig gibt es viele qualifizierte Psycholog:innen aus dem Ausland, die andere
- 46 Sprachen auf hohem Niveau beherrschen, aber aufgrund fehlender Deutschkenntnisse
- 47 in Deutschland nicht arbeiten dürfen. Die Anerkennung von fremdsprachigen
- 48 Psycholog:innen, unabhängig von ihren Deutschkenntnissen, ist ein wichtiger Schritt,
- 49 um die psychologische Versorgung in Deutschland inklusiver und diverser zu gestalten.
- 50 Mit diesem Antrag setzen wir uns für eine moderne, offene und gerechte
- 51 Gesundheitsversorgung ein, die den Bedürfnissen einer vielfältigen Gesellschaft gerecht
- 52 wird.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Förderung der Versorgung und Weiterbildung von

Psychotherapeut:innen

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag

Forderung:

1

5

6

7

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

- 2 Die Jusos Kassel-Stadt fordern, dass die SPD Bundestagsfraktion sich für die Förderung
- der Versorgung und Weiterbildung von Psychotherapeut:innen einsetzt. Hierbei sollen
- 4 folgende Aspekte umgesetzt werden:
 - 1. Bereitstellung staatlicher Fördermittel oder Stipendien für Personen in der praktischen Ausbildung, damit Sie Ihren Unterhalt bestreiten können.
 - 2. Einführung einer fairen und einheitlichen Vergütung für Psychotherapeuten in der Ausbildung.
 - 3. Ausbau der stationären und ambulanten Weiterbildungsplätze, damit ausreichend ausgebildet werden kann.
 - 4. Finanzielle Unterstützung für Kliniken und Praxen zu Sicherstellung der praktischen Weiterbildung, damit gerechte Honorare gezahlt werden können.
 - 5. Entwicklung praxisnaher Schulungskonzepte bzw. Weiterbildungskonzepte in Kooperation mit Hochschulen und Weiterbildungsinstituten, damit die praktische Ausbildung standardisiert wird und von hoher Qualität ist.
 - 6. Schaffung von Beratungsstellen und Ansprechpersonen für Personen bzw. Psychotherapeuten in der Weiterbildung.

Begründung:

Ein funktionierendes Gesundheitssystem ist fundamental für unsere Gesellschaft. Der Ausbau und die Förderung der psychotherapeutischen Behandlung ist hierbei unerlässlich. Hintergrund der Forderungen ist die Neuordnung der psychotherapeutischen Ausbildung, die zu wesentlichen Veränderungen führte. Aktuell müssen Studierende ein fünfjähriges Direktstudium mit anschließender Approbation absolvieren. Zuvor gab es eine separate Ausbildung, welche in Hessen 10.000 Euro kostete. Nach der Approbation müssen Psychotherapeut:innen nun eine fünfjährige Weiterbildung in einem bestimmten Fachbereich zur Spezialisierung absolvieren (dies







UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

ist landesrechtlich geregelt). Diese Weiterbildung erfolgt in Kliniken, Praxen oder anderen Einrichtungen, bei denen die Finanzierung jedoch unklar ist. Therapeut:innen erhalten oft keine Vergütung, obwohl sie bereits therapeutisch tätig sind. Darüber hinaus stehen viel zu wenig praktische Weiterbildungssätze zur Verfügung. Die Qualität der praktischen Ausbildung hängt zudem stark vom jeweiligen Ausbildungsinstitut und den Supervisoren ab (die Supervisoren sind extra Sitzungen, geleitet durch eine externe Person, um den beruflichen Fortschritt zu reflektieren). Daher bedarf es grundlegenden Veränderungen im Bereich der therapeutischen Ausbildung.







Antragsnummer B 9

Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Maßnahmen gegen die Überlastung von Psychiatrien und die

Sicherstellung des Schutzes in Schutzhäusern

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag

1 Forderung:

11

23

24

25

- Die SPD Hessen fordert die Landesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die 2
- Überlastung von psychiatrischen Einrichtungen zu reduzieren und die Sicherheit sowie 3
- den Schutz in Schutzhäusern (z.B. Frauenhäuser, Jugendhilfeeinrichtungen) zu 4
- gewährleisten. Dazu sollen insbesondere folgende Punkte umgesetzt werden: 5

1. Kapazitätserweiterung in psychiatrischen Einrichtungen: 6

- 7 Der Ausbau stationärer und ambulanter psychiatrischer Angebote, insbesondere in der Akutversorgung, soll priorisiert werden. 8
- Es sind zusätzliche finanzielle Mittel bereitzustellen, um mehr Fachpersonal 9 einzustellen und die Arbeitsbedingungen in psychiatrischen Einrichtungen zu 10 verbessern.

2. Spezialisierte Unterstützung für Schutzhäuser: 12

- Es soll ein landesweites Konzept entwickelt werden, das die Zusammenarbeit 13 zwischen psychiatrischen Einrichtungen und Schutzhäusern stärkt, um psychisch 14 belastete Bewohner:innen besser zu versorgen. 15
- zu psychologischer und Schutzhäuser sollen Zugang psychiatrischer 16 Notfallversorgung erhalten. 17

3. Einrichtung von Kriseninterventionszentren: 18

Ergänzend zu bestehenden Einrichtungen sollen Kriseninterventionszentren 19 geschaffen werden, die als Entlastung für Psychiatrien dienen und gleichzeitig 20 Schutzbedürftigen (z. B. Bewohner:innen von Schutzhäusern) eine sichere 21 22 Anlaufstelle bieten.

4. Prävention und Nachsorge:

Der Ausbau präventiver Maßnahmen zur psychischen Gesundheit (z. B. niedrigschwellige Beratungsangebote, Aufklärungskampagnen) soll gefördert







31

32

33

34

35

UNTERBEZIRKSPARTEITAG

- werden, um die Belastung psychiatrischer Einrichtungen langfristig zu reduzieren.
- Nachsorgeprogramme für psychisch belastete Personen, die in Schutzhäusern untergebracht sind, sollen eingerichtet werden, um Rückfälle und erneute Krisen zu vermeiden.

5. Erhebung und Monitoring:

- Es soll eine umfassende Erhebung zur Auslastung psychiatrischer Einrichtungen und Schutzhäuser durchgeführt werden, um bestehende Engpässe zu identifizieren und gezielt zu beheben.

- Die Überlastung psychiatrischer Einrichtungen in Hessen stellt eine akute Gefahr dar, da sie nicht nur die Versorgung psychisch erkrankter Menschen beeinträchtigt, sondern auch Schutzhäuser in erheblichem Maße belastet. Bewohner:innen von Schutzhäusern, die häufig traumatisiert oder psychisch belastet sind, finden aufgrund der Engpässe in psychiatrischen Einrichtungen oft keine adäquate Hilfe. Dies führt zu einer erhöhten Gefährdung sowohl der Betroffenen selbst als auch der 47 Menschen in ihrem Umfeld.
- Ein Ausbau der psychiatrischen Versorgung und eine engere Kooperation mit Schutzhäusern sind dringend notwendig, um die Sicherheit und den Schutz vulnerabler Gruppen zu gewährleisten.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Verantwortungsvolle Textilwirtschaft fördern- Gesetzliche

Maßnahmen gegen Fast Fashion entwickeln

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Forderung:

1

10

19

- 2 Die Jusos Kassel-Stadt fordern, dass die SPD-Bundestagsfraktion sich für die Erarbeitung
- 3 einer umfassenden gesetzlichen Regelung zur Eindämmung von Fast Fashion und Ultra-
- 4 Fast-Fashion in Deutschland einzusetzen. Diese soll unter Federführung des
- 5 Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
- 6 Verbraucherschutz (BMUV) und unter Einbeziehung des Bundesministeriums für
- 7 Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), des Bundesministeriums für wirtschaftliche
- 8 Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie weiterer relevanter Ressorts entwickelt
- 9 werden.

11 Die gesetzliche Regelung kann folgende Kernelemente umfassen:

- 12 1. Einführung eines Systems für Textilien, das umweltschädliche Produkte mit einer
- 13 Abgabe belegt und nachhaltige Produkte begünstigt
- 14 **2**. Besondere Regulierung für Ultra-Fast-Fashion-Unternehmen, die mehr als 5.000 neue
- 15 Artikel pro Jahr auf den Markt bringen
- 3. Verpflichtende Kennzeichnung mit transparenten Umwelt- und Sozialinformationen
- 17 **4**. Werbebeschränkungen für besonders umweltschädliche Textilprodukte
- 18 **5**. Förderung von Kreislaufwirtschaft und Recycling in der Textilbranche
- 20 Frankreich hat im April 2024 ein Gesetz verabschiedet, das gezielt gegen Fast Fashion
- 21 vorgeht und unter anderem eine Umweltabgabe von bis zu 10 Euro pro Kleidungsstück
- 22 für besonders umweltschädliche Produkte vorsieht. Deutschland sollte diesem Beispiel
- folgen und dabei die Besonderheiten des deutschen Marktes berücksichtigen.









Die Fast-Fashion-Industrie hat sich zu einem der umweltschädlichsten Wirtschaftszweige entwickelt. In Deutschland werden jährlich rund 1,3 Millionen Tonnen Textilien gekauft – das entspricht etwa 15 kg pro Person. Davon landen schätzungsweise 230.000 Tonnen direkt im Restmüll, während die Nutzungsdauer von Kleidungsstücken kontinuierlich sinkt. Besonders problematisch ist der rasante Aufstieg von Ultra-Fast-Fashion-Anbietern wie Shein, Temu und anderen Online-Plattformen. Allein Shein hat seinen Umsatz in Deutschland zwischen 2021 und 2023 mehr als verdreifacht und erwirtschaftet mittlerweile über 2 Milliarden Euro jährlich auf dem deutschen Markt. Das Unternehmen bringt täglich bis zu 6.000 neue Artikel auf den Markt – zu Preisen, die eine nachhaltige und sozial verantwortliche Produktion unmöglich machen. Die ökologischen Folgen sind gravierend: Die Textilindustrie ist für etwa 10% der globalen CO2-Emissionen verantwortlich und verbraucht enorme Mengen an Wasser und Chemikalien. Zudem fördert das Geschäftsmodell der Fast Fashion eine Wegwerfmentalität, die im direkten Widerspruch zu den Zielen der Kreislaufwirtschaft steht. Eine wirksame Regulierung von Fast Fashion würde nicht nur einen wichtigen und Klimaschutz leisten, Umweltsondern Wettbewerbsbedingungen für nachhaltig produzierende Unternehmen schaffen. Zudem würde sie Verbraucherinnen und Verbrauchern mehr Transparenz bieten und einen bewussteren Konsum fördern.

Die Komplexität des Themas erfordert einen ressortübergreifenden Ansatz, der Umwelt-, Wirtschafts-, Entwicklungs- und Verbraucherschutzaspekte gleichermaßen berücksichtigt. Eine koordinierte Zusammenarbeit verschiedener Ministerien ist daher unerlässlich, um eine wirksame und ausgewogene Regelung zu entwickeln.

48

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

44

45

46





Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Mehr Zuverlässigkeit und Kapazität für die Deutsche Bahn –

Infrastruktur ausbauen und strategisch planen

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

Forderung:

1

7

8

9

10

11

12

13

14 15

16

17

18

19

20 21

22

23

24

25

26

27

28

29

- 2 Die Bahn ist am Limit kaputte Gleise, ständige Verspätungen und genervte Fahrgäste
- 3 zeigen: Wir müssen jetzt handeln! Mit einer Pünktlichkeit von nur 66,3% im Fernverkehr
- 4 und maroden Strecken brauchen wir endlich mehr Geld und einen klaren Plan, damit die
- 5 Züge wieder verlässlich fahren. Deshalb wollen wir als SPD Kassel folgende Maßnahmen
- 6 vorschlagen:

1. Massiven Ausbau der Schieneninfrastruktur:

- Der Bund muss deutlich mehr finanzielle Mittel bereitstellen, um bis 2030 die 15
 Schieneninfrastruktur auszubauen. Dazu gehören insbesondere:
 - Der Bau von zusätzlichen Gleisen auf stark frequentierten Strecken.
 - Der Ausbau von Bahnhöfen mit mehr Gleisen und Ausweichmöglichkeiten.
 - Die Schaffung von zusätzlichen Ausfallgleisen, um Verspätungsketten durch den Dominoeffekt zu vermeiden.

2. Langfristige Planbarkeit und Finanzierung sichern:

• Eine langfristige Finanzierung des Bahnnetzes für mindestens die nächsten zehn Jahre ist unerlässlich. Hierzu braucht es einen verbindlichen Infrastrukturplan des Verkehrsministeriums, der die Umsetzung der Bauprojekte garantiert und transparent gestaltet.

3. Strategische Planung an internationalen Vorbildern orientieren:

- Deutschland sollte sich am "Verlagerungsgesetz" der Schweiz orientieren, das im dortigen Parlament einen festen Platz hat. Ziel ist es, den Güter- und Personenverkehr vermehrt auf die Schiene zu verlagern und dadurch Straßen und Umwelt zu entlasten.
- Ein jährlicher Bericht ähnlich dem schweizerischen Verlagerungsbericht soll im Bundestag diskutiert werden, um die Fortschritte der Infrastrukturentwicklung zu überprüfen und notwendige Anpassungen vorzunehmen.







UNTERBEZIRKSPARTEITAG

4. Stärkere Steuerung der Deutschen Bahn durch das Verkehrsministerium:

• Das Verkehrsministerium muss verstärkt in die strategische Ausrichtung und Steuerung des Konzerns eingreifen, um sicherzustellen, dass Investitionen und Maßnahmen konsequent umgesetzt werden.

34 35

30

31

32

33

36

37

38

5. Beschleunigung der Bauprojekte:

 Um die gesteckten Ziele zu erreichen, muss der Ausbau der Schieneninfrastruktur priorisiert und beschleunigt werden. Baustellen und Projekte müssen effizienter geplant und umgesetzt werden, sodass bis 2030 messbare Fortschritte erkennbar sind.

39 40

41

- 42 Das Schienennetz in Deutschland ist an seiner Belastungsgrenze angekommen.
- 43 Zugverspätungen durch den Dominoeffekt aufgrund fehlender Ausweichgleise und
- 44 überfüllter Strecken sind keine Ausnahme, sondern Alltag. Diese Probleme sind das
- 45 Resultat jahrzehntelanger Vernachlässigung und mangelnder Investitionen in die
- 46 Infrastruktur.
- 47 Ein Vergleich mit der Schweiz zeigt, dass strategische Planung und eine klare politische
- 48 Steuerung entscheidend für eine funktionierende Bahn sind. Die Schweiz hat mit dem
- 49 Verlagerungsgesetz und einem transparenten Berichtswesen vorgemacht, wie die
- 50 Schiene erfolgreich gestärkt werden kann. Deutschland muss diesem Beispiel folgen.
- 51 Ein Ausbau der Infrastruktur und eine strategische Langzeitplanung sind essenziell, um
- die Deutsche Bahn zukunftsfähig zu machen. Dies ist nicht nur für einen zuverlässigen
- 53 Personenverkehr notwendig, sondern auch für die Verlagerung des Güterverkehrs auf
- 54 die Schiene und damit für den Klimaschutz.
- Jetzt ist die Zeit zu handeln. Nur durch entschlossenen Ausbau und eine klare Strategie
- können die dringend notwendigen Verbesserungen umgesetzt werden.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Bundesparteitag

Forderung:

1

13

18

20

23

24

25

2 Wir fordern eine Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke, um

3 insbesondere minderjährige vor den Folgen von übermäßigen Alkoholkonsum zu

4 schützen. Wir fordern das Alkoholwerbung im Kino (vor Filmen mit FSK unter 16 Jahren)

5 nicht gezeigt werden darf.

6 Im Umkreis von 100 Metern um Bildungseinrichtungen, Kinder- und

7 Jugendeinrichtungen und Sportstätten darf Werbung (Plakate, oder digital) nur mit

8 Aufklärungsinformationen (z.B. die Kampagne "Alkohol, Kenn dein Limit") gezeigt

9 werden, dazu zählt z.B. auch ein evtl. Sponsoring für Sportvereine von Brauereien. Ein

10 Sponsoring für Sportvereine von Brauereien, ist nur dann zulässig, wenn ausdrücklich

darauf hingewiesen wird, dass die Brauerei auch alkoholfreie Getränke anbietet. Es

sollen in Zukunft Warnhinweise auf alkoholischen Produkten, die im Supermarkt

vertrieben werden, aufgedruckt werden, ähnlich wie das aktuell bei

14 Zigarettenpackungen der Fall ist. Die Warnhinweise sollen gut erkennbar sein und

mindestens 20% der Produktetikettierung betragen. Ähnlich wie bei Glücksspielen, soll

darüber hinaus ein Hinweis auf eine Sucht-Beratungsstelle auf alkoholischen Getränken

17 gedruckt werden.

Begründung:

19 Alkoholwerbung muss aus dem Straßenbild und den Medien verschwinden, da sie zum

Konsum animieren und damit zum erhöhten Konsum beitragen. Die gesundheitlichen

21 Schäden und das große Abhängigkeitspotential tragen zu einem Großteil der Kosten für

das Gesundheitssystem bei. 7,9 Millionen Menschen der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung

in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Zudem ist

missbräuchlicher Alkohol einer der wesentlichen Risikofaktoren für zahlreiche

chronische Erkrankungen (zum Beispiel Krebserkrankungen, Erkrankungen der Leber

und Herz-Kreislauf-Erkrankungen) und für Unfälle verursacht unter Einfluss von Alkohol.

27 Analysen gehen von jährlich etwa 74.000 Todesfällen durch Alkoholkonsum allein oder

28 bedingt durch den Konsum von Alkohol aus. Alkoholkonsum sinkt bei Jugendlichen die







UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

Hemmschwelle, das sorgt dafür das sie risikofreudiger und unvorsichtig werden, das wiederum führt dazu das die Unfallwahrscheinlichkeit stark ansteigt. Jugendliche werden selbstbewusster, überschätzen sich und zeigen ein Verhalten, welches Sie ohne Alkohol-Konsum nicht haben würden. Werbung für alkoholische Getränke hat durchaus eine Wirkung auf Jugendliche, zum Glück ist der Alkoholkonsum in den letzten Jahren gesunken, aber dennoch trägt Werbung dazu bei, dass in Verbindung mit Gruppenzwang und dem Druck von gesellschaftlicher Anerkennung durch Werbung mehr alkoholische Getränke konsumiert werden.







Antragssteller AG 60 plus Kassel-Stadt

Betreff Analoge Teilhabe sicherstellen

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, AG 60plus

Hessen-Nord, SPD-Bundesparteitag

Antrag:

1

- 2 Der Bundesgesetzgeber soll rechtliche Voraussetzungen schaffen, um eine umfassende
- 3 (insbesondere kulturelle, soziale, wirtschaftliche) und gleichwertige gesellschaftliche
- 4 Teilhabe ohne unverhältnismäßigen Mehraufwand auch jener Menschen
- 5 sicherzustellen, die über keine digitalen Endgeräte und damit keinen Online-Zugang
- 6 verfügen.
- 7 Die großen Vorzüge einer breiten Digitalisierung für unsere Lebens- und Arbeitswelt
- dürfen nicht dazu führen, dass in einem der reichsten Länder der Erde mehrere Millionen
- 9 Bürgerinnen und Bürger zunehmend von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt
- 10 werden.

- 12 Ein aktuelles Beispiel unter vielen anderen ist der Wegfall der analogen BahnCard und
- damit der Ausschluss von Millionen potenzieller Kundinnen und Kunden von diesem
- 14 verkehrspolitisch sinnvollen und breit angenommenen Angebot des "volkseigenen
- Betriebs" Deutsche Bahn AG. Erschwerend kommt hinzu, dass die DB AG bei dem
- 16 Angebot der BahnCard Monopolstellung einnimmt, also der Wechsel zu einem anderen
- 17 Anbieter nicht möglich ist.
- Sogar innerhalb der SPD ist mit Sorge festzustellen, dass die letzte verbleibende SPD-
- 19 eigene Zeitung zwei Jahre hintereinander jeweils mit zwei Ausgaben ausschließlich als
- 20 E-Paper schienen ist. Ab Jahresende ist geplant, dass alle Mitglieder mit einer E-Mail-
- 21 Adresse den Vorwärts digital beziehen müssen. Anders gesagt: Wer die
- 22 Mitgliederzeitung weiterhin in Papierform beziehen möchte, müsste seine hinterlegte
- 23 E-Mail-Adresse zurückziehen. Das kann es nicht sein!
- 24 Auch nachvollziehbare Kostengründe dürfen nicht dazu führen, dass der letzte noch
- verbliebene Print(!)-Medium unsere traditionsreiche Partei für einen großen Teil der
- 26 Mitglieder nicht mehr erreichbar ist (der Anteil der über 80-Jährigen Genossen und
- 27 Genossen im Bezirk Hessen-Nord lag zum Jahresende 2023 bei 18,1 % bundesweit
- 28 dürfte es ein ähnlicher Anteil sein).







- 29 Es könnte notfalls auch eine Kostenbeteiligung für Druck und Versand erhoben werden,
- 30 um die Bereitstellung der gedruckten Version für einige zehntausende SPD-Mitglieder
- 31 auch künftig sicher zu stellen.-
- 32 Dieser Ausschluss vom Erhalt des "Vorwärts" ist auch deshalb kontraproduktiv, weil
- 33 außerhalb digitaler Kanäle und Plattformen nur über dieses Medium SPD-Positionen
- 34 "pur" kommuniziert und Argumentationshilfen an die täglich schrumpfende Zahl von
- 35 Mitgliedern also Repräsentanten der Sozialdemokratie vor Ort herangetragen
- werden können! Die verzerrte Wahrnehmung der Alltagsrealität und der Bedürfnisse
- 37 einer großen und schützenswerten Minderheit der Mitglieder innerhalb des SPD-
- 38 Bundesvorstandes und innerhalb der Redaktion des "Vorwärts" gibt Anlass zur Sorge,
- 39 Dass derlei Wahrnehmungsdefizite auch in Teilen der Bundestagsfraktion und der
- 40 Bundesregierung zunehmend erkennbar sind, macht es nicht besser...
- Knapp 6 % der in Deutschland lebenden Menschen im Alter zwischen 16 und 74 Jahren
- hatten im Jahr 2022 noch nie das Internet genutzt, entsprechend 3,4 Mio. Personen
- 43 (Quelle: Statistisches Bundesamt). In den Altersgruppen über 74 Jahren dürfte der Anteil
- 44 noch deutlich höher sein.
- Dieser Bevölkerungsanteil verfügt weder über eine E-Mail-Adresse noch über digitale
- 46 Endgeräte mit Zugang zum WWW.
- 47 Ernst zu nehmende Rechtsmeinungen gehen dahin, dass durch den immer weiter
- 48 fortschreitenden Wegfall analoger Teilhabemöglichkeiten der aus unserer Verfassung
- 49 abgeleitete Grundsatz eines gleichberechtigten Zugangs aller Bürgerinnen und Bürger
- zu wesentlichen staatlichen Angeboten zunehmend gefährdet ist.
- 51 Ein konkretes "Recht auf analoge Teilhabe" ist nicht nur deshalb geboten, weil ein
- 52 erheblicher Teil der Bevölkerung entweder die technischen Hürden für den online-
- 53 Zugang nicht überwinden kann oder will oder sich die privat erforderliche digitale
- Infrastruktur nicht leisten kann, sondern nicht zuletzt eine wachsenden Gruppe auch
- 55 jüngerer Menschen mit alterstypischer oder sogar überdurchschnittlicher Digital-
- 56 Kompetenz und vorhandenen digitalen Endgeräten dies nicht möchte, da sie es ablehnt,
- in nahezu allen Bereichen unseres Lebens in einer freiheitlichen Gesellschaft ihre digitale
- 58 Spur zwangsweise hinterlassen zu müssen.
- 59 Eine ökonomisch und politisch zunehmend, gleichsam erzwungene Konzentration auf
- die Anwendung digitale Zugänge zu grundlegenden Aspekten des gesellschaftlichen
- 20 Zusammenlebens, vor allem aber auch staatlicher Angebote und Dienstleistungen
- diskriminiert einen erheblichen Anteil von Menschen, die diesen Zugangsmöglichkeit
- 63 nicht haben oder aus dem genannten Grund nicht in jedem Fall nutzen möchten.
- 64 Gerade dieser Personenkreis kann sich in Ermangelung einer "analogen Reichweite"
- 55 zudem schlecht artikulieren und auf die Problematik der rückläufigen analogen
- Teilhabemöglichkeiten multimedial (also auch über das Internet) aufmerksam machen.







Das Recht auf analoges Leben resultiert auf dem Prinzip der Gleichstellung und dem Diskriminierungsverbot unserer Verfassung.

Die Antragsstellerinnen und Antragssteller legen ausdrücklichen Wert auf die Feststellung, dass keinerlei Beschränkung der notwendigen Digitalisierung beabsichtigt ist, die in vielen Bereichen in Deutschland sogar im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich entwickelt ist. – Es geht vielmehr darum, dass die Teilhabe an wesentlichen Angeboten auch weiterhin immer auch analog möglich sein muss.

Die Nutzung analoger Zugänge - etwa der Bezug einer papierförmigen Zeitung oder eines nachhaltigen Mobilitätsangebotes wie der BahnCard – darf u. U. auch mit Mehrkosten verbunden sein, jedoch müssen sich diese im Rahmen halten und dürfen nicht übermäßigen Nachteilen für den / die analogen Anwender / Anwenderin verbunden sein."







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Glück als Schulfach implementieren – für gerechte Chancen,

gesunde Kinder und eine resiliente Gesellschaft

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Bezirksparteitag, SPD

Landesparteitag, SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Forderung

1

- 2 Wir fordern, dass das Unterrichtsfach "Glück" an Schulen eingeführt wird zunächst als
- 3 Pilotprojekt an ausgewählten Grund- und weiterführenden Schulen, aufbauend auf den
- 4 positiven Erfahrungen von Schulen, die bereits erfolgreich mit dem Fritz-Schubert-
- 5 Institut zusammenarbeiten. Vor der Einführung kann ein Pilotprojekt an geeigneten
- 6 Schulen (wie der Offenen Schule Waldau) eingeführt werden.
- 7 Das bestehende Curriculum des Fritz-Schubert-Instituts bietet eine fundierte und
- 8 praxisbewährte Grundlage, die unmittelbar genutzt und in den Schulalltag integriert
- 9 werden kann. Um dies flächendeckend umzusetzen, sind entsprechende finanzielle
- 10 Mittel bereitzustellen für:
- Die Ausweitung bestehender Kooperationen mit dem Fritz-Schubert-Institut und
- die Nutzung des bereits erprobten Curriculums.
- Die Finanzierung von Fortbildungen für Lehrkräfte, basierend auf den Angeboten
- des Instituts, um eine professionelle Umsetzung des Unterrichts sicherzustellen.
- Zusätzliche personelle Ressourcen, wie Schulsozialarbeiter*innen oder
- 16 Community Health Nurses (Schulgesundheitsfachkräfte) zur flankierenden
- 17 Unterstützung.
- Material- und Sachkosten, die für die praktische Umsetzung des Faches an den
- 19 Schulen notwendig sind.

20 Begründung (erfolgt mündlich)







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Landesweiter Ausbau von Sanitäranlagen in Industriegebieten für

LKW-Fahrende

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

Forderung

1

- 2 Die Jusos Kassel-Stadt fordern, dass die SPD-Landtagsfraktion sich für den Ausbau von
- 3 Sanitäranlagen für LKW-Fahrende in Hessen einsetzt. Da der Zugang zu sanitären
- 4 Einrichtungen für LKW-Fahrende nicht ausreichend gedeckt wird, muss sichergestellt
- 5 werden, dass in jedem Industriegebiet mindestens eine Sanitäranlage für LKW-Fahrende
- 6 zugänglich ist. Diese Anlagen müssen Toiletten, Duschen und Waschmöglichkeiten
- 7 umfassen und entweder kostenfrei oder kostengünstig nutzbar sein.

- 9 LKW-Fahrende haben oft keinen Zugang zu sanitären Einrichtungen, da viele
- 10 Unternehmen den Zugang zu betrieblichen Toiletten verwehren. Die Dichte an sanitären
- 11 Anlagen auf Autobahnen ist ebenso unzureichend. Seit 2020 soll, durch das
- 12 Bundesverkehrsministerium, der generelle Ausbau für Stellflächen gesteigert werden,
- doch dies geht nur schleppend voran und erfüllt längst nicht den Bedarf an Stellplätzen
- und vor allem Sanitäranlagen. Die derzeitige Infrastruktur zwingt die Fahrenden immer
- wieder auf weniger hygienische Alternativen auszuweichen. Daher ist es wichtig, auf
- 16 Landesebene für einen Ausbau der Sanitäranlagen zu sorgen, der dem Bedarf der
- 17 Fahrenden gerecht wird. Hierfür eigenen sich Industriegebiete besonders gut, da sie die
- 18 häufigsten Ziele der LKW sind.





Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Masterstudiengang Community Health Nursing in Hessen

einführen – Curriculum entwickeln und praxisorientierte Fachkräfte 6 für die Gesundheitsversorgung ausbilden.

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag

Forderung

2 Wir fordern die Hessische Landesregierung auf, die Entwicklung eines Curriculums für

- den Masterstudiengang Community Health Nursing unter Berücksichtigung
- 4 extistierender Modellstudiengängen in anderen Bundesländern zu initiieren und diesen
- 5 Studiengang zeitnah an hessischen Hochschulen zu etablieren. Wir wollen dabei die
- 6 Erfahrungen aus den bestehenden Kooperationsprojekten zwischen der Universität
- 7 Kassel und der Hochschule Fulda berücksichtigen. Dabei sollten folgende Schritte
- 8 umgesetzt werden:

9

10

11

12

13

1

3

- 1. **Einrichtung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe**, die das Curriculum für den Masterstudiengang Community Health Nursing entwickelt. Diese Arbeitsgruppe soll sich aus Fachleuten aus der Pflege, Gesundheitswissenschaften, Sozialarbeit, Public Health und weiteren relevanten Bereichen zusammensetzen, um ein praxisorientiertes und zukunftsfähiges Curriculum zu erstellen.
- 14 15

16

17

18

2. Enge Zusammenarbeit mit kommunalen Gesundheitsdiensten und Pflegeeinrichtungen, um sicherzustellen, dass das Curriculum praxisrelevant ist und den tatsächlichen Bedarf an Fachkräften in der Gemeindepflege und Prävention abdeckt. Die Studierenden sollen während ihres Studiums direkt in die Praxis integriert werden.

19 20 21

22

23

24

3. Förderung der Entwicklung eines flexiblen und berufsbegleitenden Studienmodells, das den Zugang für Studierenden erleichtert und eine Kombination von Theorie und Praxis ermöglicht. Insbesondere sollen die Arbeitszeiten und Anforderungen für berufserfahrene Pflegekräfte berücksichtigt werden.







4.	. Sicherstellung der finanziellen Unterstützung für die Studienplätze, um den
	Masterstudiengang für eine breite Zielgruppe von Pflegekräften zugänglich zu
	machen. Hierzu gehört die Bereitstellung von Stipendien und
	Fördermöglichkeiten für Studierende.

5. **Berücksichtigung von aktuellen Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung**, insbesondere in Bezug auf die Prävention von Erkrankungen, Gesundheitsförderung, Gesundheitsmanagement und Gemeinwesenarbeit, um sicherzustellen, dass das Curriculum den aktuellen Bedürfnissen und zukünftigen Herausforderungen im Gesundheitswesen gerecht wird.

Begründung (erfolgt mündlich)







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) für

Hessen – Schutz vor Diskriminierung in Schulen

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag

1 Forderung

- 2 Die SPD Hessen setzt sich für die Einführung eines Landesantidiskriminierungsgesetzes
- 3 (LADG) ein, das Schüler:innen in Bildungseinrichtungen vor Diskriminierung schützt.
- 4 Dieses Gesetz soll folgende Regelungen umfassen:

5 1. Geltungsbereich des LADG:

- 6 Das Gesetz soll für alle öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen in Hessen
- 7 gelten und Diskriminierungen aufgrund von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion,
- 8 Behinderung, Alter, sexueller Identität oder anderer gesetzlich geschützter Merkmale
- 9 ausdrücklich untersagen.

10 2. Beschwerderecht für Betroffene:

- 11 Schüler:innen und deren Erziehungsberechtigte sollen ein rechtlich abgesichertes
- 12 Beschwerderecht erhalten, um Diskriminierungsfälle an einer unabhängigen
- 13 Antidiskriminierungsstelle melden zu können.

14 3. Schaffung einer unabhängigen Antidiskriminierungsstelle:

- 15 Es soll eine zentrale, unabhängige Stelle eingerichtet werden, die Diskriminierungsfälle
- prüft, Betroffene unterstützt und gegebenenfalls rechtliche Schritte einleitet.

17 4. Präventive Maßnahmen:

- 18 Bildungseinrichtungen werden verpflichtet, Antidiskriminierungsbeauftragte zu
- 19 benennen, regelmäßige Schulungen für Lehrkräfte durchzuführen und eir
- 20 diskriminierungsfreies Schulklima zu fördern.

21 5. Recht auf Schadensersatz:

- 22 Betroffene von Diskriminierung sollen einen Anspruch auf Schadensersatz und
- 23 Entschädigung bei nachgewiesenen Verstößen gegen das LADG erhalten.







UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bietet keinen Schutz für Schüler:innen in Bildungseinrichtungen, da es sich primär auf den Arbeitsmarkt und den Zugang zu Dienstleistungen bezieht. In Berlin wurde mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) ein wichtiger Schritt unternommen, um Diskriminierung in öffentlichen Institutionen zu bekämpfen. Hessen benötigt ein vergleichbares Gesetz, um Schüler:innen vor Diskriminierung zu schützen und Chancengleichheit im Bildungssystem zu gewährleisten. Die Einführung eines hessischen LADG wäre ein entscheidender Beitrag zur Förderung von Vielfalt, Gerechtigkeit und Respekt in Bildungseinrichtungen.





Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Verpflichtende Thematisierung des Völkermords von Srebrenica

im Schulunterricht der Oberstufe

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag SPD- Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag

Forderung

1

14

15

24

25

- 2 Im Juli 1995 ereignete sich mit dem Massaker von Srebrenica eines der schwersten
- 3 Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Mehr als 8.000
- 4 bosniakische Jungen und Männer wurden von serbischen Truppen ermordet ein
- 5 Verbrechen, das vom Internationalen Strafgerichtshof als Völkermord anerkannt
- 6 wurde. Nun, fast 30 Jahre nach diesen tragischen Ereignissen, bleibt die
- 7 Auseinandersetzung mit Srebrenica von zentraler Bedeutung, um die Lehren aus der
- 8 Vergangenheit zu ziehen und zukünftige Generationen für die Gefahren von Hass,
- 9 Nationalismus und Menschenrechtsverletzungen zu sensibilisieren.
- 1. Das Thema "Massaker von Srebrenica 1995" soll verpflichtend in den Lehrplänen der Oberstufe verankert werden.
- 2. Die Auseinandersetzung mit Srebrenica soll sowohl im Geschichtsunterricht als auch in gesellschaftswissenschaftlichen Fächern erfolgen.
 - 3. Neben der historischen Aufarbeitung sollen auch die rechtlichen Konsequenzen (Völkermord vor dem Internationalen Strafgerichtshof) thematisiert werden.

- Das Massaker von Srebrenica im Juli 1995, bei dem mehr als 8.000 bosniakische Jungen
- und Männer von serbischen Truppen ermordet wurden, ist eines der schwersten
- 19 Kriegsverbrechen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Der Internationale
- 20 Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) hat es als Völkermord
- 21 anerkannt. Trotz seiner historischen und politischen Tragweite wird Srebrenica in
- deutschen Schulen oft nur am Rande behandelt oder gar nicht erst thematisiert.
- 23 Ein verpflichtender Unterricht über Srebrenica ist notwendig, um:
 - Schülerinnen und Schüler für die Gefahren von ethnischem Hass, Nationalismus und Völkermord zu sensibilisieren,





27

28

29

UNTERBEZIRKSPARTEITAG

26. APRIL 2025

 die Bedeutung von internationalem Recht und Menschenrechten zu verdeutlichen,

 Lehren aus der Geschichte zu ziehen, um zukünftige Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Ein Unterricht über Srebrenica kann das historische und politische Bewusstsein der Schüler stärken 40 und sie dazu ermutigen, sich mit Themen wie Menschenrechten und Gerechtigkeit weiter 41 auseinanderzusetzen.







Antragssteller SPD-Ortsverein Vorderer Westen

Betreff Mehr Sicherheit für Radfahrende – Implementierung einer

Kampagne für 1,5 Meter Abstandsgebot

Adressat Unterbezirksparteitag Kassel Stadt, Mitglieder der StaVo-Fraktion,

Mitglieder des Magistrats

- 1 Wir fordern mehr Sicherheit für Radfahrende im Straßenverkehr Kassels. Dies soll
- 2 durch eine stadtweite Kampagne durch Plakate, Printwerbung und andere
- 3 Maßnahmen geschehen, welche Autofahrende und andere motorisierte Fahrzeuge für
- 4 mehr Abstand im Straßenverkehr sensibilisiert.
- 5 Konkret geht es darum, dass für Überholmanöver oder andere Verkehrshandlungen auf
- 6 die Vorschrift stärker aufmerksam gemacht wird, dass ein Abstand von min. 1,5 Meter
- 7 (StVo §5, Absatz 4) zwischen Fahrrad und Fahrzeug eingehalten werden muss.
- 8 Als Positivbeispiel soll hier die Kampagne der Universitätsstadt Marburg in
- 9 Mittelhessen dienen.
- 10 Begründung: (erfolgt mündlich)









Antragssteller SPD-Ortsverein Wolfsanger/Hasenhecke

Betreff Radfahr- und Fußwegebrücke von Wolfsanger nach

Sandershausen

Adressat SPD-Stadtverordnetenfraktion

- 1 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:
- 2 Die SPD-Stadtverordnetenfraktion wird gebeten, sich gegenüber dem Magistrat für
- 3 eine alsbaldige Realisierung des obengenannten Projektes im Rahmen des
- 4 Radverkehrskonzeptes und Verkehrsentwicklungsplanung einzusetzen.

6 Begründung: erfolgt mündlich







Antragssteller SPD-Ortsverein Kasseler Norden

Betreff Ortsteilschilder an Stadtteilgrenzen

Adressat SPD-Fraktion Kassel-Stadt, SPD-Mitgliedern der Ortsbeiräte zur

Kenntnis

- 1 Der Unterbezirksparteitag Kassel-Stadt möge beschließen:
- 2 Der Übergang zwischen den Stadtteilen Kassels soll durch Schilder hervorgehoben
- 3 werden. Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Ortsbeiräte sollen dabei in diese
- 4 Entscheidung ausdrücklich eingebunden werden. Sollte es dem Wunsch vor Ort
- 5 entsprechen, sollen die Ortsschilder nicht nur den Namen des Stadtteils, sondern auch
- 6 Untertitel enthalten, die den Charakter des jeweiligen Stadtteils widerspiegeln.

8 **Begründung:** erfolgt ev. mündlich







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Einführung eines Taxigutschein-Programms für Frauen in Kassel

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Fraktion in der

Stadtverordnetenversammlung Kassel

1 Forderung

- 2 Die Jusos Kassel-Stadt fordern, dass die sich SPD-Fraktion für ein Taxigutschein-
- 3 Programm für Frauen in Kassel einsetzt, um Ihnen insbesondere in den Abend- und
- 4 Nachtstunden eine sichere Heimkehr zu ermöglichen. Die Gutscheine sollen für
- 5 Fahrten zwischen 22:00 Uhr und 6:00 Uhr gelten und mit lokalen Taxiunternehmen
- 6 kooperativ umgesetzt werden. Die Ausgabe der Gutscheine kann über digitale
- 7 Plattformen oder an bestimmen Ausgabestellen (z.B. dem Bürgerbüro) erfolgen. Wir
- 8 wollen dabei die Integration des Kasseler Schaddel-Systems dabei berücksichtigen.

Begründung:

9

- 11 In vielen Städten, so auch in Kassel, fühlen sich Frauen nachts unsicher, insbesondere
- 12 nach dem Besuch öffentlicher Veranstaltungen, Restaurants oder der Arbeit in
- 13 Spätschichten. Untersuchungen zeigen, dass Frauen sich oft für unsichere Alternativen
- 14 (z.B. lange Fußwege, Wartezeiten an unbeleuchteten Haltestellen) entscheiden, weil
- sichere Transportmöglichkeiten fehlen oder zu teuer sind. Städte wie Dortmund oder
- 16 München haben deshalb bereits Taxigutschein-Modelle gestartet







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Erhöhung des Erfrischungsgeldes für alle Wahlhelfende

Adressat SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, SPD-Fraktion der

Stadtverordnetenversammlung Kassel

1 Forderung:

- 2 Alle Wahlhelfende der Stadt Kassel sollen gleich ihrer eingeteilten Positionen an
- 3 Wahltagen eine pauschale Erhöhung von 20 Euro für ihr ehrenamtliches Engagement
- 4 erhalten.

- 6 Wahlhelfende leisten einen essenziellen Beitrag zur Demokratie, indem sie
- 7 die ordnungsgemäße Durchführung von Wahlen sicherstellen. Ihre Aufgabe
- 8 erfordert hohe Verantwortung, lange Einsatzzeiten und großes Engagement. Die
- 9 derzeitige Vergütung der Stadt Kassel entspricht nicht der Bedeutung ihrer Arbeit
- und muss angepasst werden, nicht zuletzt auch, da sich diese weit unterhalb des
- 11 aktuellen Mindestlohns von 12,82 Euro pro Stunde befindet und aufgrund der
- 12 genannten gesellschaftlichen Bedeutung von Wahlhelfenden sich auch
- ehrenamtliche Vergütungen auf diese Bemessungshöhe beziehen lassen müssen.
- 14 Mit dieser Maßnahme stärken wir die Demokratie und möchten die
- 15 Bereitschaft fördern, sich aktiv an Wahlen zu beteiligen.





Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Jugendpresse stärken – Demokratie sichern: Finanzspritze für

junge Medienschaffende

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Fraktion in der

Stadtverordnetenversammlung Kassel, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag, SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Forderung:

1

- 2 Der SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt soll sich dafür einsetzen, ein dauerhaftes und
- 3 verbindliches Förderprogramm für Schülerzeitungen, Schulzeitungen und
- 4 Jugendmagazine einzurichten.
- 5 Im Rahmen dieses Programms sollen Redaktionen, die sich in ihrer Arbeit an den
- 6 Grundsätzen der Jugendpresse Deutschland orientieren, die als Bundesverband für
- 7 junge Medienmachende die offizielle Interessenvertretung mit festen Richtlinien für die
- 8 Mitgliedschaft ist, und regelmäßig Arbeits-und Verwendungsnachweise vorlegen, pro
- 9 Schulhalbjahr 500 Euro für die jungjournalistische Arbeit
- erhalten. Dieses Geld ist für Sach- und Projektmittel vorgesehen, z.B. für Druckkosten,
- technische Ausstattung oder Recherchekosten. Gleichzeitig soll sichergestellt werden,
- dass die Vergabe an eine Zweckbindung geknüpft ist, damit das Geld tatsächlich in die
- 13 Entwicklung journalistischer Kompetenzen und die Stärkung demokratischer Teilhabe
- 14 fließt.

15

Finanzierung:

- 16 Zur Absicherung dieser Förderung soll ein fester Haushaltstitel der Stadt Kassel
- 17 geschaffen werden, der speziell auf die Förderung von jungjournalistischer Arbeit
- 18 ausgerichtet ist. Zusätzlich sollen Landesmittel aus bestehenden Programmen zur
- 19 politischen Bildung und Jugendförderung eingeworben werden, um den Finanzrahmen
- 20 weiter auszubauen. So wird nicht nur kurzfristig, sondern nachhaltig gewährleistet, dass
- 21 junge Medienschaffende ihre redaktionellen Tätigkeiten weiterentwickeln und aktiv zur
- 22 Stärkung demokratischer Kultur beitragen können.

- 24 Um der zunehmenden Demokratieverdrossenheit und der Verbreitung
- 25 demokratiefeindlicher
- 26 Ideologien, insbesondere in sozialen Netzwerken, entgegenzuwirken, sind Projekte zur







Förderung medialer Kompetenz sowie journalistischer Fähigkeiten bereits in jungen Jahren unverzichtbar.

Gerade Jugendliche aus politikfernen Familien können über die Mitarbeit in Schülerbzw. Schulzeitungen Medienarbeit und kritisches Denken erlernen und erste Erfahrungen in der politischen Berichterstattung, sowie der Stellung der Presse als vierte Gewalt des Staates sammeln. Sie üben eine faire Berichterstattung über den Schulalltag und über Themen, die die Schülerinnen und Schüler interessieren, übernehmen Verantwortung und trainieren demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse. Das Engagement in einer Schülerzeitung oder einem Jugendmagazin ist viel niederschwelliger als die Mitgliedschaft in einer politischen Jugendorganisation oder der Gewerkschaftsjugend und kann nebenbei auch das soziale Miteinander in der

Schule fördern.

Bisher werden Schülerzeitungen und Schulzeitschriften ehrenamtlich betrieben und durch Spenden von lokalen Unternehmen oder dem Förderverein der Schule finanziert. In Zeiten finanzieller Unsicherheit sind diese Finanzierungsquellen nicht gesichert. Der Vertrieb von Schülerzeitungen kann aufgrund der geringen Auflage und der für die Zielgruppe angemessenen Kostenbeteiligung nicht kostendeckend betrieben werden. Schülerzeitungswettbewerbe auf Landes- und Bundesebene schaffen symbolische Anerkennung und zeigen, dass Kasseler Schülerzeitungen regelmäßig mit Preisen ausgezeichnet werden, jedoch bisher keine finanzielle Anerkennung erfolgt.

Durch eine finanzielle Unterstützung in Höhe von 500 € pro Schulhalbjahr aus dem Haushalt der Stadt Kassel oder Landesförderprogrammen wird sichergestellt, dass notwendige Sachmittel (z. B. Druckkosten, Softwarelizenzen, Rechercheausgaben, Kameraequipment, technische Ausrüstung etc.) bereitgestellt werden können. Die Vergabe der Mittel soll dabei an die Vorlage entsprechender regelmäßigen Arbeitsnachweise, die sich an den Standards der Jugendpresse Deutschland orientieren, sowie an Verwendungsnachweisen mit Verpflichtung zur Zweckbindung gebunden sein.

So werden langfristig demokratische Strukturen gestärkt, Medienkompetenz gefördert und ein Beitrag zur politischen Bildung junger Menschen geleistet, indem erste Berührungspunkte mit der politischen Landschaft geschaffen werden, die sich nachweislich nachhaltig auf das zukünftige 60 Engagement dieser Jugendlichen auswirken.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Elektromobilität für alle – Faire Ladeinfrastruktur in Kassels

Wohngebieten

Adressat SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, SPD-Fraktion der

Stadtverordnetenversammlung Kassel

1 Forderung:

- Die Mitglieder der SPD-Fraktion der Stadtverordnetenversammlung Kassel sollen sich dafür einsetzen, dass die **Städtischen Werke** beauftragt werden:
 - 1. **Keine Strafzeitgebühr** ab der dritten Stunde (bzw. 120 Minuten) an städtischen E-Ladesäulen in **wenig frequentierten Wohngebieten** zu erheben, wo die Ladesäulen überwiegend der **lokalen Wohnbevölkerung** dienen.
 - 2. Ein verstärktes Angebot an E-Ladesäulen in städtischen Wohnquartieren zu schaffen, insbesondere in Liegenschaften der GWG Kassel, sodass auch Mieterinnen und Mieter ohne private Garage oder Wallbox in den Umstieg auf Elektromobilität investieren können.

Begründung:

Deutschland befindet sich auf dem Weg zur Verkehrswende und setzt dabei auf verschiedene Maßnahmen wie den Ausbau des ÖPNV, Radwegesysteme und weitere nachhaltige Verkehrsarten.

Dennoch sind viele Menschen – aus diversen beruflichen, familiären oder infrastrukturellen Gründen – auf **motorisierten Individualverkehr** angewiesen. Für sie stellt ein Elektro-PKW oft eine sinnvolle Option dar, um Emissionen zu reduzieren und ihren eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Gerade in **städtischen Wohngebieten** ist das Laden von E-Fahrzeugen jedoch kompliziert, da nicht alle über einen Stellplatz mit eigener Wallbox verfügen. Insbesondere Mieterinnen und Mieter von Wohnungen sind auf die **öffentliche Ladeinfrastruktur** angewiesen. Die stadteigene Gesellschaft der Städtischen Werke haben zwar bereits eine Vielzahl von E-Ladesäulen eingerichtet, diese stehen jedoch häufig am Rand der großen Wohngebiete und erheben zudem **Strafgebühren** (9 Cent pro Minute) ab der dritten Stunde. Während diese Gebühr in hochfrequentierten Lagen sinnvoll sein mag, um eine schnelle Verfügbarkeit sicherzustellen, ist sie in typischen Wohngebieten **unzweckmäßig**:





UNTERBEZIRKSPARTEITAG

32

33 34

35 36

37 38 39

40 41 42

43 44 45

46 47 48

> 49 50

51 52

53 54

55

56

vollständig aufladen. Gerade über Nacht oder wenn man nach Feierabend das Fahrzeug nutzt, wäre ein längerer Ladevorgang sinnvoll. • Soziale Gerechtigkeit: Wer keine Garage mit Ladestation besitzt, darf nicht

Praxisferne Zeitlimits: In nur zwei Stunden lässt sich ein Elektroauto nicht

gegenüber Eigenheimbesitzenden benachteiligt werden. Eine längere Ladezeit ohne Strafgebühr erleichtert den Umstieg auf E-Mobilität für Mieterinnen und Mieter enorm.

• Höhere Akzeptanz von E-Autos: Eine gebührenfreie bzw. weniger restriktive Regelung fördert die Bereitschaft, auf ein Elektrofahrzeug umzusteigen, und stärkt das Vertrauen, dass Klimaschutz nicht nur für Besserverdienende gemacht wird.

Außerdem ist es wichtig, in städtischen Wohnquartieren (z. B. GWG-Liegenschaften) ausreichend Ladesäulen einzurichten, damit die lokale Bevölkerung ohne große Umwege ihr Fahrzeug laden kann.

Nur so wird die Verkehrswende langfristig zum Erfolg, da eine sozial gerechte und praxistaugliche E-Ladeinfrastruktur geschaffen wird, von der auch Menschen ohne Eigenheim profitieren.

Mit diesem Antrag wollen wir die Ladeinfrastruktur an die **Realität** vieler Bürgerinnen und Bürger in Kassel anpassen, Barrieren für Elektromobilität abbauen und unsere Stadt damit einen Schritt näher an die Klimaziele und eine soziale Gerechtigkeit auch in der Elektromobilität heranführen.







Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Verpflichtung der SPD-StaVo-Fraktion zum regelmäßigen

Austausch mit dem Jugendgremium und dem

Stadtschüler:innenrat

Adressat SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt, SPD-Fraktion der

Stadtverordnetenversammlung Kassel

Forderung:

1

- 2 Die SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Kassel verpflichtet sich, einen
- 3 regelmäßigen und verbindlichen Austausch mit dem Jugendgremium und dem
- 4 Stadtschüler:innenrat zu etablieren, um die Anliegen und Perspektiven junger
- 5 Menschen in die politische Arbeit der Fraktion einzubinden. Dazu werden folgende
- 6 Maßnahmen umgesetzt:
- 7 Regelmäßige Treffen: Mindestens einmal jährlich organisiert die SPD-Fraktion
- 8 Gespräche mit dem Jugendgremium und dem Stadtschüler:innenrat, um aktuelle
- 9 Themen und Anliegen zu besprechen.
- 10 **Einbindung in Fraktionsarbeit:** Die SPD-Fraktion berücksichtigt die Vorschläge und
- 11 Anliegen des Jugendgremiums und des Stadtschüler:innenrats in ihrer politischen Arbeit
- und bringt diese aktiv in die Stadtverordnetenversammlung ein.
- 13 **Berichtspflicht:** Die SPD-Fraktion informiert regelmäßig über die Ergebnisse der Treffen
- und dokumentiert, wie die Anliegen der Jugendvertretungen in ihre politische Arbeit
- 15 eingeflossen sind.

- 17 Die SPD-Fraktion sieht es als ihre Verantwortung, die Interessen junger Menschen in
- die Stadtpolitik einzubinden. Ein regelmäßiger Austausch mit dem Jugendgremium
- und dem Stadtschüler:innenrat stärkt die politische Teilhabe und stellt sicher, dass die
- 20 Bedürfnisse der jungen Generation in die Arbeit der Fraktion einfließen.





Antragssteller Jusos Kassel-Stadt

Betreff Bezahlbaren Wohnraum für Azubis in Kassel schaffen – Fachkräfte

von morgen entlasten

Adressat SPD-Unterbezirksparteitag, SPD-Fraktion in der

Stadtverordnetenversammlung Kassel, SPD-Bezirksparteitag, SPD-

Landesparteitag, SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

Forderung:

1

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

- 2 Der SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt setzt sich für ein kommunales Wohnprojekt für
- 3 Auszubildende ein, um in unserer Stadt mehr bezahlbaren Wohnraum für
- 4 Auszubildende zu schaffen. Hierfür wird die SPD Kassel sich in den städtischen Gremien
- 5 und bei der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft dafür einsetzen, sich für das
- 6 Abrufen der Mittel des Bund-Länder-Programm "Junges Wohnen" einzusetzen.
- 7 Wir wollen greifbare und praktische soziale Politik für die arbeitenden Menschen in
- 8 unserer Stadt machen. Deshalb werden wir uns mit Nachdruck dafür einsetzen, dass ein
- 9 Auszubildenden-Wohnheim in Kassel gebaut wird. Die Auszubildenden sollen im
- 10 Schulterschluss mit den Gewerkschaften über ihre Interessenvertretungen frühzeitig in
- die Planung des Azubi-Wohnheims einbezogen werden.
- 12 Es soll sich dafür eingesetzt werden, dass:
 - die Miethöhe 25 bis 30 Prozent der durchschnittlichen tariflichen Ausbildungsvergütung nicht übersteigt.
 - das Wohnprojekt moderne Einzelzimmer grundlegend möblierte sind, um allen Auszubildenden unabhängig ihrer sozialen Herkunft gleiche Startbedingungen zu ermöglichen. Ergänzend dazu sind großzügige Gemeinschaftsflächen sowie eine angemessene sozialpädagogische Betreuung – besonders für minderjährige Bewohner*innen – vorzusehen.
 - sichere Mietverhältnisse bestehen, die bei Wechsel des Ausbildungsbetriebs nicht gekündigt werden dürfen und mehrmonatige Auszugsfristen nach Ausbildungsabschluss garantieren.
 - die Träger des Wohnprojekts die Bewohner*innen durch Mitbestimmungsstrukturen wie Wohnheimräte in die demokratische Gestaltung ihres Lebensumfelds einbeziehen.
 - die Vergabe von Wohnheimplätzen nach sozialen Kriterien (Höhe der Ausbildungsvergütung, Alter, aktuelle Wohnsituation) erfolgt.



26. APRIL 2025



- gemeinnützige, kommunale und genossenschaftliche Träger bei der Vergabe von Fördermitteln bevorzugt werden.
 - das Wohnprojekt dauerhaft für Auszubildende zur Verfügung steht und eine mindestens 30-jährige Preis- und Belegungsbindung vorgesehen ist.
- Die SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt setzt sich darüber hinaus dafür ein, dass ein landesweites Azubi-Werk initiiert wird, um die Beteiligung der Auszubildenden-Vertretungen institutionell zu verankern.

35

36

28

29

30

31

- 37 Mit dem Förderprogramm "Junges Wohnen" stellt der Bund den Ländern seit 2023 im
- Rahmen der sozialen Wohnraumförderung Mittel exklusiv für den Neu-, Aus- und
- 39 Umbau sowie die Sanierung von Auszubildenden- und Studierendenwohnheimen zur
- Verfügung. Eine Fortführung für die Jahre 2024 und 2025 mit jeweils 500 Millionen
- 41 Euro ist durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen
- 42 (BMWSB) geplant.
- Das Bundesland Hessen erhält vom Bund Fördermittel in Höhe von 37,1 Millionen Euro.
- 44 Die Länder müssen die Fördermittel des Bundes mit mindestens 30 Prozent
- bezuschussen. Somit ergeben sich für Hessen ca. 48 Millionen Euro an sozialer
- 46 Wohnraumförderung exklusiv für junge Menschen.
- 47 Auch in Kassel stehen Auszubildende bei der Wohnungssuche vor immer größeren
- 48 Herausforderungen. Die hohen Mieten können zu einer Reduzierung der
- 49 Ausbildungsmobilität junger Menschen führen und damit die Besetzungsprobleme bei
- 50 Ausbildungsplätzen verschärfen. Dies trägt zum Fachkräftemangel bei, unter dem auch
- 51 Kasseler Unternehmen leiden.
- 52 Während Studierende mit dem Studierendenwerk bereits über etablierte
- 53 Trägerstrukturen verfügen, fehlen entsprechende Strukturen für Auszubildende. Die
- 54 Stadt Kassel sollte daher jetzt handeln und mit der GWG ein bezahlbares, langfristig
- 55 gesichertes und mitbestimmtes Wohnprojekt für Auszubildende realisieren.
- 56 Ein Vorbild könnte das AzubiWerk München e.V. sein, mit dem die Landeshauptstadt
- 57 München in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring und der DGB-Jugend bis 2026
- insgesamt 1.000 bezahlbare Wohnungen realisiert. Die dort geschaffenen Azubi-
- 59 Apartments kosten mit ca. 300 Euro/Monat nur etwa die Hälfte der marktüblichen
- 60 Mieten für WG-Zimmer.
- 61 Ein kommunales Wohnprojekt für Auszubildende in Kassel würde nicht nur die
- 62 Lebensumstände junger Menschen verbessern, sondern auch einen wichtigen Beitrag
- 20 zur Wirtschaftsförderung und gegen den Fachkräftemangel leisten. Zudem könnte es









- 64 durch demokratische Mitbestimmungsstrukturen als Begegnungsort und
- 65 Demokratiewerkstatt fungieren.
- Die SPD Kassel sollte sich dafür einsetzen, dass die Stadt diese Chance nutzt und mit
- Hilfe der Bundesmittel ein zukunftsweisendes Projekt für junge Menschen in der
- 68 Ausbildung schafft.





Antragssteller Altkassel/Mitte

Betreff Museum für Sepulkralkultur erhalten!

Adressat SPD-Stadtverordneten Fraktion, SPD-Mitglieder der hessischen

Landesregierung, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Mitglieder der

deutschen Bundesregierung, SPD-Bundestagsfraktion

1 Wir begrüßen die Initiative der "Freunde des Museums für Sepulkralkultur" zur

2 Rettung und Neuausrichtung des Sepulkralmuseums.

3

- 4 Die Kasseler SPD fordert Bund, Land und die Stadt Kassel auf, dafür Sorge zu tragen,
- 5 dass ausreichend finanzielle Mittel für eine nachhaltige Sanierung des Museums für
- 6 Sepulkralkultur zur Verfügung gestellt werden. Anzustreben ist zudem eine
- 7 Erweiterung der Ausstellung, um so auch zeitgemäße Themen, wie z. B.
- 8 außereuropäische Bestattungskulturen, präsentieren zu können. Wir fordern die
- 9 politisch Verantwortlichen zudem auf, auch auf den Förderverein einzuwirken, sich in
- 10 angemessener Höhe an der Finanzierung zu beteiligen.

11 12

- Zur Reduzierung der Kosten des Projektes werden Stadt und Land aufgefordert,
- während der Bauzeit für die Deponierung der Exponate sowie für eine
- 14 Interimsausstellung mietfreie Räume zur Verfügung zu stellen.

15 16

Begründung:

- Das Museum für Sepulkralkultur besteht seit 1992. Es ist in zwei zusammenhängenden
- 18 Gebäuden untergebracht, die stark sanierungsbedürftig sind. Der Trägerverein des
- 19 Museums kann die dafür nötigen Mittel nicht aufbringen. Er müsste, auf sich selbst
- 20 gestellt, das Haus schließen.

21

- 22 Bundesregierung, Landesregierung und die Stadt Kassel haben den hohen kulturellen
- 23 Wert dieses bundesweit einzigartigen Museums für Sterbekultur erkannt und
- insgesamt rd. 20 Mio. Euro für die Renovierung des Museums zugesagt. Dieser Betrag
- reicht jedoch nicht aus, um das in den vergangenen Jahren zusammen mit den
- 26 Zuwendungsgebern erarbeitete Konzept, das Ergebnis eines Architekturwettbewerbs,
- zu realisieren. Es klafft eine Finanzierungslücke von rd. 10 Mio. Euro. Die Beteiligten
- prüfen derzeit, welche der ursprünglich geplanten Maßnahmen gestrichen werden
- 29 können. Das Ergebnis ist offen.

- Neben der Erschließung weiterer Finanzquellen ist es wichtig, Kosten, die das Projekt
- 32 belasten, möglichst zu vermeiden. Dazu gehören auch die während der Umbauzeit.





26. APRIL 2025

- entstehenden Aufwendungen zur Anmietung von Räumlichkeiten für Depot und eine
- kleine Interimsausstellungsfläche. Für eine mietfreie Überlassung kommt insbesondere
- das alte Polizeipräsidium am Königstor in Betracht.



